ALTE UND JUNGE

ÜBER DEUTSCHLANDS GEGENWART UND ZUKUNFT

UNTERHALTUNGEN
ZWISCHEN FELD UND HEIMAT

HERAUSGEGEBEN VON

Dr. RICHARD EHRENBERG
PROFESSOR DER STAATSWISSENSCHAFTEN
AN DER UNIVERSITÄT ROSTOCK



JENA
VERLAG VON GUSTAV FISCHER
1917

Inhaltsverzeichnis.

Alte und Junge
über Deutschlands Gegenwart und Zukunft. Unterhaltungen zwischen Feld und Heimat.

Zur Einführung.

I.

Das deutsche Volk hat in der Zeit Bismarcks vor allem für die Mehrung seiner Macht und seines Wohlstands gelebt. Andere bedeutsame Seiten des Volkslebens sind dadurch unvermeidlich in Rückstand gekommen. Schon vor dem Ende des 19. Jahrhunderts entstand, namentlich in der gebildeten deutschen Jugend, eine starke Reaktion gegen die Verarmung Deutschlands an geistigen Werten. Sie griff mit vollem Bewußtsein zurück auf die Blütezeit deutscher Kultur. Unsere gebildete Jugend geriet dadurch in einen ausgesprochenen Gegensatz zum Macht- und Wohlstandswillen der älteren Generation, namentlich des erwerbstätigen Bürgerstands. Diese starke Strömung hat auch die Entwicklung des Sozialismus in Deutschland mächtig befördert. Vor allem aber hat sie im deutschen Bewußtsein einen scharfen Gegensatz erzeugt zwischen dem Deutschland Bismarcks und demjenigen Goethes.

Durch die mit höchster Leidenschaft geführten Kämpfe wurde der deutsche Machtwille stark geschwächt und doch zugleich der Eindruck erzeugt, die Deutschen seien ein von Machtpolitikern regiertes „militaristisches Barbarenvolk" geworden.

Beides — jene leidenschaftlichen Kämpfe und der von ihnen erzeugte Eindruck — hat uns schweres Verderben gebracht: wir haben das Wachsen des Neides auf unsere äußere Größe nicht genügend beachtet und haben dadurch versäumt, uns rechtzeitig und ausgiebig genug für den bevorstehenden Weltkampf vorzubereiten.

Wir haben ferner selbst unseren Feinden giftige geistige Waffen geliefert, die sie mit höchster Kunst gegen uns verwenden.

Endlich und vor allem haben wir unseren Feinden die Aussicht eröffnet auf Fortsetzung der inneren Kämpfe mitten im Weltkriege. Sie ist zwar bei Beginn des Krieges vereitelt, aber in dessen weiterem Verlaufe wieder gestärkt worden. Augenscheinlich hält sie die Hoffnung unserer Feinde auf einen für sie günstigen Ausgang des Krieges noch immer aufrecht.

In der Tat liegt darin für uns eine schwere Gefahr. Machtpolitiker und Kulturpolitiker verstehen einander noch immer nicht genügend, und dieser Gegensatz kann immer wieder das Volk bis in die Wurzeln spalten.

Deshalb muß an Überbrückung des Gegensatzes mit aller Kraft gearbeitet werden. Erst dadurch können auch die inneren Mächte, deren Zusammenwirken unser neues Deutschland schaffen soll, schon im Feuer des Krieges zu einer Einheit verschmelzen, oder dies kann doch wenigstens angebahnt werden.

Diesem Zwecke sollen auch unsere Gespräche zwischen Alten und Jungen, zwischen Feld und Heimat dienen, zwischen Vertretern des Deutschlands Bismarcks und des Deutschlands Goethes. Unsere Erörterungen sollen Ursachen und Wirkungen des Gegensatzes, sollen vor allem die verderblichen Wirkungen übertreibender Vertretung beider Weltanschauungen beiden Teilen zum vollen Bewußtsein bringen. Und sie sollen zeigen, daß der Gegensatz zwischen ihnen verschwindet, sobald sie vor den Richterstuhl der weltgeschichtlichen Aufgabe und des weltgeschichtlichen Schicksals unseres Volkes gebracht werden.

Dieser hohe Standpunkt wird es auch gewiß verhüten, daß unsere Erörterungen in das niedere Gebiet einseitiger und leidenschaftlicher politischer Polemik geraten. Deshalb können wir unsere Jugend, auch soweit sie im Felde steht, produktiv wie rezeptiv an unseren Erörterungen beteiligen. Dadurch wird kein neuer Gegensatz hineingetragen in unsere Wehrmacht, sie wird nicht politisiert, sondern es wird umgekehrt den in ihr vorhandenen Gegensätzen, über die man sich nicht hinwegtäuschen darf, jede zersetzende Schärfe genommen. Strömungen, die bis jetzt noch einseitig politisch sind, werden vergeistigt. Eine solche freie Aussprache kann nur dazu beitragen, uns von dem schweren, dumpfen Drucke jenes Gegensatzes zu erlösen.

Richard Ehrenberg.

II.

Die geistigen Feinde unter unseren politischen spielen mit Vorliebe das eine Deutschland, das Deutschland Weimars, gegen das andere Deutschland, gegen „Potsdam“ aus. Manche unter ihnen glauben wohl durch eine Teilung des deutschen Wesens uns gerecht zu werden. Ohne Zweifel ein Irrtum unserer Nichtversteher, die weder die geistigen Schöpfer Potsdams, den Weisen von Sanssouci und die Stein, Scharnhorst und Gneisenau, kennen, noch von der energischen Anerkennung wissen, die das geistige Deutschland — in seinem letzten großen Philosophen, in seinen auch für andere Völker führenden Historikern — für das preußische Deutschland gewann.

Aber in einem so erheblichen Irrtum befindet sich auch eine minder erhebliche Wahrheit. Nicht gleichzeitig sind die beiden Deutschlands zu ihrer Reife gelangt, und war auch nie das eine ohne das andere und haben beide auch in der gleichen Generation ihre Wurzeln, so hat doch jeweils das eine hinter dem anderen zurücktreten müssen. Die Führung Deutschlands lag in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ebenso im Weimaraner wie seitdem im Berliner Deutschland. Daher blieb uns, die wir die Geschicke des verflossenen Jahrhunderts noch nicht überwunden haben, ein Rest von Zweiteilung zu tragen peinlich, und die deutsche Aufgabe dieses Krieges ist, die unerträglichsten Reste der Schicksale unserer Vergangenheit zu beseitigen.

Solche Aufgaben erfüllen sich freilich in der Geschichte von selbst; aber das kann auf sehr verschiedene Weise geschehen, unter schweren Kämpfen oder dadurch, daß diese im rechten Augenblicke vorausschauend gemildert werden. Werden sie in solchem Augenblick wahrgenommen und besprochen, so gibt das einen Anteil an der Erfüllung, wenn auch vielleicht nur einen ganz kleinen.

Jedenfalls ist es kein aussichtsloser Versuch, wenn wir uns der Aufgabe zuwenden, die Reibungen zwischen den beiden Deutschlands auszugleichen, nicht etwa die beiden Deutschlands zugunsten einer nach dem Vorbilde Frankreichs sogenannten einheitlichen Volkskultur zu zerstören.

Wir wollen versuchen, ob schon im Kriege der Boden für die auszusäende Saat empfänglich ist. Dabei können wir uns einstweilen nicht von denjenigen Problemen entfernen, die bis ans Kriegsende den gemeinsamen Rahmen des deutschen Denkens bilden müssen.

So werden die Stoffe aus dem politischen Rahmen der Zeit genommen werden; aber die Methode wird durchaus unpolitisch sein; und zum Teil wird die Erörterung der Jungen und Alten sich gerade an der Frage erwärmen, ob und wieweit Fragen, die an unseren politischen Sinn gestellt werden, von dem rein geistigen Sinne beantwortet werden können. Die deutsche Politik aus ihrem etwas geistesfremden Exil zu erlösen, das muß das Ziel unseres Kulturstrebens sein. Nur wenn wir dieses Ziel erreichen, ohne dadurch die Politik als Politik zu untergraben oder zu entwerten, können wir darauf rechnen, daß einstens Macht- und Kulturmenschen als zwei zwar verschieden geartete Brüder, aber eben doch als Brüder, die sich des gleichen Blutes ganz bewußt sind, einander begegnen werden.

Philipp Holsten.

„Realpolitik.“

Von Dr. **Adam Bund** (im Felde).

Wenn ein Riese über das stygische Wasser herübergefahren ist, so bleibt wie in Goethes Märchen sein Schatten noch auf dem diesseitigen Ufer, und die Hände des Schattens greifen noch gewalttätig ein in das Treiben der Zeit, indes sie dem Träger selber im Reich der geschwundenen Toten schon kraftlos herniedersanken. So beherrschen Schlagworte aus Bismarcks Mund noch heute die Gegenwart und schwirren gespenstisch in unserer öffentlichen Meinung hin und her, ihr den offenen Blick für die Bedürfnisse des Augenblicks und der Zukunft trübend. Eins davon, und vielleicht heut das gefährlichste ist das Wort „Realpolitik“.

Die Gegner ringsum rühmen und neiden dem deutschen Staat seine „Organisation“. Der Pferdefuß dieses Lobes ist der Gedanke, daß Deutschland seit Jahrzehnten — „seit dreiundvierzig Jahren“ — diesen Krieg „vorbereitet“ habe. Wir können selbstverständlich nicht diese Anmutung, aber auch kaum das Lob, worin sie sie einhüllt, auf uns sitzen lassen. Nur militärisch hat Deutschland und natürlich nicht für diesen, sondern nur überhaupt für einen zukünftigen Krieg gerüstet. Unsere Politik ist höchst unbereit in den Krieg hineingegangen. Statt ihn vorauszusehen oder gar zu wollen, hat sie sich von ihm überraschen lassen. Eben das machen ihr unsere Bismarck-Fanatiker zum Vorwurf. Und man wird ihnen nicht ohne weiteres nachsagen können, daß sie sich auf ihren Helden berufen, wie der Teufel auf die Schrift. Sie berufen sich auf den wirklichen Bismarck, aber eben auf den toten, auf den, der in seinem Leben die Politik seiner Zeit getrieben hat, und sie ver-

gessen, daß es eben die große Tat dieses Lebens war, in seiner Zeit den Grund zu unserer, also zu einer neuen Zeit zu legen, einer neuen Zeit und also einer neuen Politik.

Bismarck, der Mann mit dem achilleischen Herzen und dem odysseischen Hirn, hat in einer feindlichen Welt ein scheinbar Unmögliches verwirklicht. Gegen die Einsicht aller draußen und drinnen Beteiligten, jeden gegen jeden ausspielend, gründete er den deutschen Staat. Im Innern wie im Außern das Gleiche: dort das Vertauschen der inneren Gegnerschaften — bis 1866 mit den Konservativen gegen die Demokratie, von da an, bis zur vorläufig ausreichenden Sicherung des Geschehenen, mit den Nationalliberalen gegen die Deklarantenpartei —; hier die Ausnützung Napoleons gegen Österreich, um dann, mit Rückenanlehnung an Rußland, wieder Napoleon aus dem Wege, der zum deutschen Ziel führte, zu räumen. Es ist ein Gang aus dem Land der Träume ins Wirkliche; ein Deutschland, das noch nicht oder nicht mehr existierte, sollte zur Welt kommen; keiner hätte es so, wie es schließlich kam, gewollt; keiner auch wäre genötigt gewesen, es zuzulassen, wenn er es rechtzeitig vorausgesehen hätte; es galt, alle zu hintergehen und clam vi et precario die neue Gestalt in die Mitte Europas zu setzen.

Zwei Jahrzehnte zuvor waren die Dinge scheinbar schon einmal reif gewesen. Auch damals saß in Berlin ein Staatsmann, der die blutige Entscheidung nicht gescheut hätte, um das zu erreichen, was Bismarck später erreicht hat. Aber es wäre damals, in den schweren Tagen vor dem Entschluß zum Gang nach Olmütz, wenn der königliche Wille bei Radowitz standgehalten hätte, für Preußen ein Krieg mindestens nach zwei Fronten, vielleicht schon damals ein Krieg nach allen Seiten geworden, ein Krieg, dessen militärischer Ausgang unsicher, dessen politischer aber auf jeden Fall dem damaligen Deutschland nicht zum Heil gewesen wäre. Denn selbst wenn der Staat Friedrich Wilhelms IV. sich im Kampf gehalten hätte, so war er für Deutschland damals dennoch bisher nur eine Hoffnung, vielleicht die einzige Hoffnung, die sich dem Auge zeigte, aber dennoch nur Hoffnung; nur der Fortfall jeder andern Möglichkeit hatte der Paulskirche den Gang nach Berlin abgezwungen. Das Herz Deutschlands schlug dem Staat Friedrichs des Großen nicht entgegen. Denn das Herz schlägt, was auch der Wille es heißen möge, nimmer für Fremdes und Zukünftiges, sondern nur für Eigenes und Gegenwärtiges, sei es auch für vergangenes Gegenwärtiges. Das Herz ist immer romantisch; und nur im Besitze, nicht im

Erwerb findet es sein Recht. Und so entzog sich damals dem weit hinaus zukunftsschauenden Willen Radowitzen's im entscheidenden Augenblicke der König, letzthin doch aus dem romantischen Gefühl, das diesen deutschen Königsgeist genau so beherrschte, wie den deutschen Volksgeist: daß das Recht der Wirklichkeit noch bei dem alten Besitzer sei. Und so mußte Bismarck kommen, der dem preußischen Staat nicht wie Radowitz einen deutschen Krieg aufladen wollte, ehe er sich als deutscher Staat fühlen konnte; sondern der von Preußen zunächst nur preußische Kriege verlangte und erst, als es durch diese wirklich in Deutschland eingewachsen war, einen deutschen. Die Aufspaltung des großen Kriegs ums Ganze in eine Folge von kleinen Kriegen um scheinbare Einzelfragen, das unerreichte Glanzstück diplomatischer Kunst, hat so auch seine innere Notwendigkeit. Ein Krieg um Alles kann einem Volke nur zugemutet werden, wenn dies Alles schon schmeck- und fühlbare Wirklichkeit ist, und nicht bloß, sei es auch noch so geniale und gewißheitsvolle Ahnung. Auch Friedrich hat seinen Staat nicht um überpreußischer Ziele willen in den Siebenjährigen Krieg hineingeführt.

Durch Bismarck ist Deutschland das geworden, als was es in den gegenwärtigen Krieg eingetreten ist. Nicht mehr die einen Einzelstreitruf aufnehmende „Wacht am Rhein", sondern „Deutschland über alles" war das Lied des Kriegsausbruchs. Eine Wirklichkeit stand da, und um Wirklichkeit entbrannte nach dem Gefühl des Volks und seiner Lenker der Kampf. Die Wege, die dieses Deutschland in seiner Politik seit Bismarck gegangen war, hatten nicht mehr die der berechnenden Klugheit sein können. Die Art des Odysseus taugte, um als schwacher Einzelner die Gewalt unter einer übermächtigen Mehrzahl, die nicht vom Platze weichen will, zu erlisten; dem König von Ithaka steht das Truggewand des Bettlers nicht mehr an. Wirklichkeit kann nicht mehr Versteck spielen, wie ein erfüllungssüchtiger Traum. Sie verrät sich durch ihr eigenes Licht. Bismarck selbst ward dadurch zu der vorsichtig festhaltenden Staatskunst seiner letzten Jahrzehnte veranlaßt. Als nach ihm das Gefühl der Sättigung verloren ging, ohne doch Hunger nach einem bestimmt zu benennendem Neuen entstehen zu lassen, war für seine Nachfolger der Grund zu der eigentümlich systemlosen Außenpolitik gegeben, die bald da, bald dort einen Erfolg suchte, ohne doch irgendwo sich mit gutem Gewissen ganz und ungeteilt einsetzen zu dürfen, eben weil die geahnten neuen Notwendigkeiten noch namenlos waren.

Gerade daß die Männer nach Bismarck, die man recht eigentlich als seine Schüler bezeichnen kann, die Bülow, Holstein, Kiderlen, im Grunde nirgends von dieser Politik der zusammenhangslosen Einzelzüge loskommen, ist Beweis, daß diese Schwäche Schuld der Lage war; an Wunsch und Willen zur Politik der verschlagenen Rede und gepanzerten Faust, zur „Realpolitik" im Sinne einer gewissen Presse, hat es ihnen nicht gefehlt.

Da wollte das Schicksal des deutschen Volks, daß der Kanzler, der ein Jahrfünft vor dem Weltkriege ans Ruder kam, zum Unterschied von seinen Vorgängern ein Mann nicht von diplomatischer, noch militärischer, sondern von innerpolitischer Vergangenheit war. Die Folgerung, die man wohl hie und da aus dem Aufrücken des bisherigen Staatssekretärs des Innern in das Reichskanzleramt zog, als ob nun große innerpolitische Fragen aufgenommen werden sollten, bewahrheiteten sich nur wenig. Seit der bosnischen Krise, nach deren Erledigung Bülow gegangen war, wichen die Wolken nicht mehr vom europäischen Himmel. Aber als der Kanzler nach dem Scheitern der bismarckisierenden Politik Kiderlens die auswärtigen Fragen in eigene Regie nahm, da zeigte sich etwas ganz Eigentümliches. Zum erstenmal wurde auswärtige Politik aus einer von anderen Rücksichten gänzlich unbeeinflußten Friedensliebe gemacht. Die Verständigung mit England wurde betrieben, nicht etwa um die Gesamtposition in einem bevorstehenden Kriege nach anderer Seite zu verbessern, — was Bismarck'sche „Realpolitik" gewesen wäre —, noch aus inneren Ängsten — Metternich'sche Prinzipien-Politik —, sondern rein um ihrer selbst willen. Statt der hin- und hertastenden Aushilfenpolitik der Bismarckschüler war damit wieder ein großer einheitlicher Gedanke in die Staatslenkung gekommen, freilich ein Gedanke von geradezu erstaunlicher Naivität. Während unsere ganze Diplomatie jetzt auf diesen einen Gedanken gestellt wurde, und die Sorge um einen etwaigen Krieg einzig Anlaß gab zur Verstärkung der militärischen, gar nicht der diplomatischen Bereitschaft, blieb in der Politik des englischen Gegenspielers die Verständigungsaktion nur die eine Karte im Spiel, neben der ruhig weiter die übrigen Karten, im Sinne der Fortführung der Edwardischen Einkreisungspolitik, ausgespielt wurden; man hielt zwei Eisen — Verständigung und Einkreisung — im Feuer, der Zukunft überlassend, welches von beiden in Gebrauch genommen werden sollte; eben dadurch zeigt sich der bloße Mittelzumzweck-Charakter, welcher der Verständigungsaktion auf englischer Seite zwar nicht bei ihren

an die Rampe geschobenen Trägern, aber bei den im Hintergrund bleibenden Drahtziehern innewohnte.

Nicht umsonst beriefen wir uns soeben auf die dunkle Gewalt des „Schicksals“. Es war Schicksal, daß Deutschland dieses letzte Stück seines Wegs zur Pforte des Krieges nicht blos seiner Bestimmung unkund — das war es schon vorher, im Grunde seit der Erfüllung des nationalen Traumes im Spiegelsaal von Versailles —, sondern geradezu blind einherging. Ahnungslos wie ein Kind, voll fraglosen Selbstvertrauens und ohne Bewußtsein, daß das eigene natürliche Wachstum längst in die Kreise anderer eingriff, die weit schärfer die deutsche Zukunft sahen, als irgend jemand in Deutschland selbst.

Die großartige ungeteilte Empfindung des Angegriffenseins, mit der Deutschland in den Krieg hineinging, dankt es eben dieser seitenblicklosen Ehrlichkeit der letzten Vorkriegsjahre. Das neue Ziel, das der Krieg selbst erst Deutschlands Leitern sichtbar machte, war kein Gedanke, der nun Wirklichkeit werden sollte, und den man schlau durch die Krümmen und Gefahren des Wegs hindurchtragen und erst dicht am Ziel hätte enthüllen können, sondern es war selber nichts weiter als das, was schon zu Anfang des Krieges wirklich war und vom Volke empfunden wurde: Deutschland. Nur daß dies Deutschland, indem es um sein nacktes Leben zu kämpfen gezwungen wurde, eben in diesem Kampf ums Ganze jetzt das gewann, was ihm sein Schöpfer Bismarck nicht hatte geben können, weil er es mit List und Heimlichkeit hatte schaffen müssen: eine eigene Seele. Und mit dieser eigenen politischen Seele entstand nun endlich diesem Staat, was er zum Unterschied von all seinen Gegnern nicht besaß, bewußte politische Ziele. Indem Deutschland nur sein Dasein zu schützen auszog, entdeckte es seine „mitteleuropäische“ Bestimmung und mit ihr den ganzen Schwall von geistig-politischen Aufgaben, die diesem großen neuen Weltreich durch die Lage der Dinge gesetzt sind. Keine berechnende Diplomatie hätte so ungeahnte Ziele jemals verwirklichen können, ja auch nur zu verwirklichen versucht. Nur die reckenhafte „Tumbheit“ oder — nach dem Wortgebrauch des jungen Goethe — nur die heilige „Dumpfheit“, mit der Deutschland seinem Krieg entgegenging, hat es vermocht. Was Friedrich einst für sich empfand, daß jenseits aller kleinen Gründe ein Etwas, das er nicht nennen konnte und das erst die Nachwelt hatte nennen können, ihn vorwärts drängte auf die Bahn, die er betrat, das konnte Deutschland 1914 verstärkt empfinden, das dunkle Getriebensein über den eigenen

Willen hinaus und gegen ihn. Was seine Gegner an bewußter und berechnender Klarheit über das eigene Ziel und die eigenen Notwendigkeiten schon in die diplomatische Vorbereitung des Kriegs legen konnten, die organisierende, kräftezusammenfassende und zieleanrichtende Macht des bewußten Willens, das blieb in Deutschland rein die Aufgabe des Krieges, schon der technischen Vorbereitung und noch mehr der Kriegführung selber. Deutschlands Diplomatie durfte, wo ein im höchsten Sinn weltgeschichtliches Schicksal den Mund auftun wollte, nicht die kleine Sprache der zweckbewußten „realpolitischen" Schläue sprechen; erst nachdem der Krieg in seiner Unabänderlichkeit dastand, war in ihm Platz für jene helle Klarheit des vorausblickenden und auseinanderlegenden Verstandes; und neben die mit reinem Sinn nach den Sternen der Zukunft steuernde Idealpolitik Bethmann's trat ergänzend und vollbringend die Realstrategie Hindenburg's.

Idealpolitik?

Antwort eines Alten.

Das ideale Volksempfinden als Richtschnur deutscher Politik! Diese Forderung lebt noch in weiten deutschen Volkskreisen. Sie wird hier greifbar klar vertreten, mit Geist und doch sachlich ruhig. Hierdurch erlangen wir Alten die Möglichkeit, uns mit ihr ernsthaft auseinanderzusetzen.

Sie ist so deutsch, diese Idealpolitik, sie ist uns so vertraut. Wir möchten sie durch Händedruck und Umarmung grüßen. Aber sie ist eine große Gefahr. Die deutsche Volksseele, so wie sie hier erscheint, der Siegfried-Gestalt eng verwandt, bedarf noch sehr der Härtung. Sonst muß sie, gleich jener Lichtgestalt, der Tücke einer feindlichen Welt unterliegen.

Ist das Bild naturgetreu, das hier entworfen wird von der „Realpolitik" und von ihrer stärksten deutschen Verkörperung? Was ist Realpolitik? Ist es listige Politik? Unter Umständen gewiß, dann aber stets nur als Folge einer tiefer wurzelnden, bedeutsameren Eigenschaft, nämlich als Folge richtiger Erkenntnis der Wirklichkeit. Diese Erkenntnis muß immer gegeben sein, wenn eine Politik Realpolitik sein soll.

Bismarck als Odysseus? Wer hat unsere Jugend gelehrt, ihn so zu sehen? Wir Alten sehen ihn anders. Gewiß konnte er auch List anwenden, wenn es sein mußte; aber er liebte sie nicht, und für jeden solchen Fall kann man mindestens einen Fall der Geradheit anführen. Wir Alten erblicken gerade hierin die Eigenart der Staatskunst Bismarck's gegenüber der „alten diplomatischen Schule", die welschen (italienischen und französischen) Vorbildern folgte. Sind wir darin falsch unterrichtet? Täuschten sich auch außer-deutsche Staatsmänner, die mit Bismarck zusammenarbeiteten? Männer wie Crispi, der von Bismarck sagte: „Seine Feinde stellen ihn dar als einen Heuchler. Nichts ist falscher. Er sagte stets die Wahrheit und behauptete, das sei immer die beste Politik." Sollen wir unser Urteil über Bismarck nach dem unserer Feinde ändern?

Ist Realpolitik wirklich nur angebracht bei einer Aufgabe, wie sie Bismarck zu lösen hatte? Mir scheint: es hat keinen erfolgreichen Staatsmann gegeben, der nicht Realpolitiker gewesen ist.

Politik ist eine menschliche Kunst, die es mit wirklichen Menschen zu tun hat, unbeschadet deren Fähigkeit, sich zu vervollkommnen. Von guter Politik gilt doppelt, was Schiller, der Idealist, von der „besten Staatsverfassung" sagt:

Diese nur kann ich dafür erachten, die Jedem erleichtert
Gut zu denken, *doch nie, daß er so denke, bedarf.*

Wenn wir Bismarck's Politik vergleichen mit derjenigen der alten diplomatischen Schule, so ist unverkennbar, daß jene dem Ideale Schiller's entspricht, obwohl es für Bismarck stets Hauptaufgabe war, die Menschen zu kennen, mit denen er zu tun hatte, nicht sie zu bessern.

War die Lage Deutschlands vor dem Weltkriege wirklich so verschieden von derjenigen Preußens von 1864 und 1866, des Norddeutschen Bundes vor 1870, daß Bismarck's Realpolitik jetzt nicht mehr zeitgemäß gewesen wäre? „Wirklichkeit kann nicht mehr Versteck spielen, sie verrät sich durch ihr eigenes Licht." Aber, so heißt es weiter, „das Gefühl der Sättigung ging verloren, ohne doch Hunger nach einem bestimmt zu benennenden Neuen entstehen zu lassen". Beides ist im ganzen richtig; aber was beweist es? Die Wirklichkeit, die sich durch ihr eigenes Licht verriet, wurde von anderen Völkern schon als Drohung empfunden, und *diese* Wirklichkeit ist von unserer Politik nicht klar und zeitig genug erkannt worden. Die Nachfolger Bismarck's waren eben doch zu wenig

Realpolitiker; Bülow war es nur sehr bedingt; Caprivi war es gar nicht und Bethmann erst recht nicht. Auch das Volk dachte und handelte keineswegs in den Bahnen Bismarck's. Wir hatten offenbar Wichtigeres zu tun. Wir dachten und handelten unter dem Einflusse von Idealen, die uns bis in die Wurzel spalteten, und denen wir uns nur nähern konnten, wenn rings umher Frieden herrschte. Aber „das Gefühl der Sättigung" kam uns noch mehr dadurch abhanden, daß unser Ansehen in der Welt mit unheimlicher Schnelligkeit zurückging.

Da war es denn in der Tat „ein Schicksal des deutschen Volkes", daß ein Reichskanzler von ausschließlich innerpolitischer Vergangenheit ans Ruder kam. Dieses Schicksal ist eben dadurch herbeigeführt worden, daß die vom Ausland drohende Gefahr unterschätzt wurde, daß man also die Bahnen Bismarck'scher Realpolitik verließ, während — wiederum unter dem Einfluß von Idealen — die inneren Kämpfe einen solchen Hitzegrad erreichten, daß dadurch dieses Gebiet bei der Besetzung des Reichskanzleramtes entscheidend wurde.

Es begann die Zeit einer „von anderen Rücksichten gänzlich unbeeinflußten Friedenspolitik", in die Deutschland „ahnungslos wie ein Kind" eintrat. Friedenspolitik hatte auch Bismarck schon betrieben, aber als Realpolitik; jetzt wurde sie Idealpolitik. Sie hat nicht erreicht, was sie erreichen wollte. Statt des Friedens kam der Krieg und welch ein Krieg!

Was hat unsere Idealpolitik sonst noch erreicht? Die „großartige ungeteilte Empfindung des Angegriffenseins"? Sie war 1870, nach Bismarck's Realpolitik, ebenfalls vorhanden. Und jetzt haben unsere Feinde das gleiche Bewußtsein, doch wahrlich nicht auf Grund einer Idealpolitik. Ihre tiefe Menschenkenntnis hat sie freilich veranlaßt, Mittel anzuwenden, die Bismarck nie angewendet hätte. Ihre Politik war und ist das äußerste Gegenteil der deutschen Idealpolitik. Wir können und wollen ihr Beispiel nicht befolgen. Aber sind sie dabei politisch schlecht gefahren? Und ist Aussicht vorhanden, daß sich dies ändert?

Gewiß, die „reckenhafte Tumbheit", die „heilige Dumpfheit" ist echt deutsch. Aber Reckentum und Politik sind nicht dasselbe.

„Dies Deutschland, indem es um sein nacktes Leben zu kämpfen gezwungen wurde, gewann eben in diesem Kampfe ums Ganze das, was ihm sein Schöpfer Bismarck nicht hatte geben können, weil er es mit List und Heimlichkeit hatte schaffen müssen: eine eigene Seele. Und mit dieser eigenen politischen Seele ent-

stand nun endlich diesem Staat, was er zum Unterschied von all seinen Gegnern nicht besaß, bewußte politische Ziele. Indem Deutschland nur sein Dasein zu schützen auszog, entdeckte es seine mitteleuropäische Bestimmung."

Hatte Deutschland 1870 keine politische Seele? Und hat Preußen nicht durch Bismarck seine deutsche Bestimmung entdeckt? Dies geschah freilich schon vor dem Kriege von 1870. War es notwendig, daß die mitteleuropäische Bestimmung Deutschlands erst während des Krieges uns allen zum Bewußtsein gekommen ist? Ist das wirklich ein Segen?

Das Volksempfinden, das Seelenleben eines Volkes, dunkel und schwer zu erkennen, vielgespalten, halb bewußt, ist gewiß ein unendlich wichtiges Element der Politik. Und es ist eine der vornehmsten Aufgaben der Politik, dieses Seelenleben zum vollen Bewußtsein zu wecken, zum bewußt gemeinsamen Wollen zu erheben. Das Schicksal allein ist dazu außerstande, wie gerade die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland während des Krieges deutlich erkennen läßt.

Wie die deutsche Volksseele bei Ausbruch des Krieges sich bekundet hat, wird ewig denkwürdig und vorbildlich bleiben, vor allem als schärfster Gegensatz der Art, wie sich vor dem Kriege durch Zeitungen und Parteiwesen eine „öffentliche Meinung" bildete. Aber jene wundervolle Begeisterung wurde nicht nur durch unser Schicksal erzeugt; es gehörte dazu auch die Art, wie unsere Führer, wie vor allem unser Kaiser damals dem Schicksal die Stirn bot.

Und jetzt? Jetzt sind wir wieder in jene Art der Bildung einer öffentlichen Meinung zurückgesunken, deren Beseitigung durch den Krieg wir als Erlösung empfunden hatten. Können wir jetzt erkennen, was die deutsche Volksseele will? Wie kann dieses unklar-widerspruchsvolle Volksempfinden als Richtschnur deutscher Politik dienen? Daß ein solcher Zustand nach dem herrlichen Kriegsanfang entstehen konnte, zeigt, wie weit wir uns von Bismarck entfernt haben.

Auch die mitteleuropäische Bestimmung Deutschlands ist ja einstweilen nur eine Idee, ein Problem. Gelöst kann es nur werden auf Grund genauester Kenntnis und vorsichtiger Behandlung der mit uns verbündeten Völker, also durch Realpolitik.

Vor allem aber gilt es, jetzt die Kriegslage richtig zu erkennen und diese Erkenntnis dem ganzen Volke mitzuteilen. „Kriegslage" bedeutet Erkenntnis unserer Kraft und derjenigen unserer Feinde.

Was lehrt uns der Krieg über unsere eigene Kraft? Daß wir je länger desto mehr uns als fähig erwiesen haben, jeder scheinbar noch so unerfüllbaren Forderung zu genügen, welche die Kriegslage an uns stellte. Nicht nur im Felde, sondern auch in der Heimat. Wieviel haben wir schon gelernt! Jetzt müssen wir auch lernen, auf unsere Kraft unbedingt zu vertrauen.

Was lehrt uns der Krieg über die Kraft unserer Feinde? Daß sie selbst und wir mit ihnen diese Kraft oft überschätzt haben. Das müssen wir verlernen. Ihre Worte waren meist größer als ihre Taten. Bei uns war es umgekehrt.

Daraus folgt ein Doppeltes: wir müssen lernen, die Worte unserer Feinde gering zu achten, dagegen unsere eigenen Worte entweder zu sparen oder sie so zu formen, daß sie unserer Kraft entsprechen. Das sind jetzt die nächsten Forderungen deutscher Realpolitik.

Nordwest und Südost.

Von **Macedonicus** (im Felde).

Der kluge Balte Viktor Hehn hat einmal das ganze Leben Goethe's in seiner nationalen Bedeutung als eine Kurve in das Koordinaten-System Nordost und Südwest einzuzeichnen gesucht. Das war mehr als eine bloß geistreiche Konstruktion; es entsprach in hohem Maße dem Gang, den die deutsche Entwicklung in dem Halbjahrhundert zwischen Goethe's Alter und Bismarck's großem Jahrzehnt genommen hat.

Südwest und Nordost sind da wirklich die Pole, zwischen denen sich die Linien der Geschichte spannen. Das alte sanges- und rebenreiche Land am Oberrhein und Main, wo auf den Grundmauern eines Römerbaues der romanische Dom emporwächst, dessen Türme durch die wechselnden Stile der Gotik hindurch von Geschoß zu Geschoß aufsteigen bis zum barock geschweiften Helm — und das Kolonialland östlich der Elbe, wo kaum noch ein verspäteter Zeuge der romanischen Bauweise steht und im wesentlichen die Gotik das Kleid der ältesten Denkmäler deutscher Besiedlung schuf: das ist der Gegensatz. Ein Gegensatz, der dennoch politisch, in dieser Eindeutigkeit, so ungekreuzt von anderen Orientierungs-Möglichkeiten, erst im 19. Jahrhundert hervorgetreten ist.

Eine Abfolge etwa von Ortsnamen wie die, an der man die inneren Pendelausschläge der neuen Reichsgründung vom schwarz-rot-goldenen Anfang bis zum schwarz-weiß-roten Schluß ablesen kann — Frankfurt, Stuttgart, Frankfurt, Berlin — ist so tatsächlich nur im 19. Jahrhundert denkbar. Diese gerade Linie, auf der sich der Schwerpunkt des deutschen Reichsgedankens hin- und herschiebt, und an deren virtueller Verlängerung im Südwest das Paris von 1789, im Nordost das Königsberg von 1781 steht, hat nämlich eine notwendige Voraussetzung. Und zwar ist es die Voraussetzung jeder solchen Heerstraße der innerpolitischen Bewegung: eine äußerpolitische Konstellation. Zwischen der inneren Achsen- und der äußeren Grenzlinie eines politischen Systems scheint ein Zusammenhang geradezu geometrischer Art zu gelten; dreht sich jene, so dreht sich auch diese; sie scheinen sozusagen starr verbunden. Der Achse Südwest-Nordost entspricht die wesentlich gleichgerichtete Grenze zwischen den Kampfparteien des eigentlichen Entscheidungsjahres in der Mitte des Bismarck'schen Jahrzehnts.

Indem 1866 das, was seit der kleindeutschen Schwenkung der Paulskirche im März 1849 der Kerngedanke der ganzen Bewegung gewesen war — der Ausschluß Österreichs —, verwirklicht wurde, hätte nunmehr die innerdeutsche Frage in fast vollkommener Reinheit durchgefochten werden können: die Auseinandersetzung des „ostelbischen" Konservativismus mit der „schwäbischen" Demokratie. Der nationalliberalen Partei gelang damals für die Dauer des weltgeschichtlichen Augenblicks die notwendige Vermittlung, indem sie jenen Gegensatz durch den anderen zu der eben erst entstehenden zukünftigen innerpolitischen Großmacht, dem Zentrum, überhöhte und so schon die Vorbedingung für die ersten inneren Schicksale des noch ungeborenen Reichs von 1871 schuf.

An der Grundtatsache, der eigentümlichen Einstellung der beiden Flügelparteien von rechts und links, änderte diese vorübergehend zweckmäßige, in ihren Nachwirkungen unheilvolle Politik nichts: Konservativ und Liberal bedeutete in Deutschland bis an die Schwelle des gegenwärtigen Kriegs Nordost und Südwest — Kreuzzeitung und Frankfurter Zeitung. Der Sieg Berlins neigte auch die innerdeutsche Wage nach Nordosten. Südwest bedeutete Opposition, Gärstoff — Erziehungsmaterial für den „preußischen Korporal", aber zugleich auch Hecht im Karpfenteich der „norddeutschen Steifheit".

So bis an die Schwelle der Gegenwart. Heute aber läuft eine ganz andere Linie quer durch Europa. Nicht etwa die Linie Riga-

Czernowitz-Braila. Sie hat sich, obwohl zu Anfang des Krieges am ehesten zu erkennen und infolgedessen für das unmittelbar im Kriege erreichbare Kriegsziel geradezu bestimmend, dennoch nur als Nebenlinie erwiesen. Es geht von ihr keine zukunftschaffende, das Innere zwingende Gewalt aus; die „innere Achse“ folgt ihr nicht; sie bestimmt die Einheit, nicht den Gegensatz der kommenden Zeit. Sie entspricht darin der Frontlinie vom 19. Juli 1870: auch sie von lange her, länger als die Linie von 1866, vorausgesehen, so wie auch das damals errungene Kriegsziel schon seit 1814 erkannt war.

Die wahrhaft bedeutende, zukunftsvolle Grenzlinie des heutigen Kriegseuropas ist eine Linie, die etwa von Antwerpen über Straßburg nach Triest, Saloniki, Cypern, Suez läuft. Also ein ausgesprochener Zug in der großen Richtung Nordwest-Südost. Und wirklich entspricht dieser anfangs nicht zu erkennenden, in Wahrheit erst kriegsgeborenen Linie der militärischen Front nun auch die gleichfalls von niemandem vorhergesehene innerpolitische Parteiung der deutschen Gegenwart: auch sie tritt auseinander nach den Polen Nordwest und Südost. Betrachten wir jedoch zunächst das Verhältnis der kriegführenden Mächte zu dieser Hauptlinie der Kriegsfront.

Rußland ist schon heute politisch am Ausgang des Kampfes an dieser Front so wenig mehr interessiert, wie es Frankreich im Grunde bis 1870 an der innerdeutschen Auseinandersetzung war; man darf wohl sagen, daß Bismarck durch Zugeständnisse an die Gleichgewichtsidee den Krieg von 1870 hätte vermeiden können; ein Lebensinteresse zwang Frankreich nicht auf den Weg nach Sedan, während Österreich nach Königgrätz gehen mußte, selbst wenn es der sicheren Niederlage entgegensah. Heute ist gerade unsere westliche Gegnergruppe oder wenigstens England zur Durchfechtung des Krieges gezwungen, während Rußland seine westlichen und südwestlichen Ziele verfolgen, aber auch aufgeben kann; sein Weltmachtdasein hängt nicht daran.

Auf England aber stoßen wir sowohl im Nordwest wie im Südost dieser unserer politischen Hauptfront, als die sie uns das dritte Kriegsjahr erkennen gelehrt hat. Und auf England stoßen so auch die beiden einander entgegengerichteten innerdeutschen Parteien nunmehr als auf den Hauptfeind. Denn so haben sich — ganz eindeutig auch erst in diesem dritten Kriegsjahr — die inneren Pole nunmehr festgelegt. Die Kriegszielparteiung hat sich, trotz aller Übergänge und Schattierungen, zugespitzt zu dem Entweder-Oder

„Antwerpen-Konstantinopel“. Das ist zugleich nun der Gegensatz von „Annexionisten“ und „Mitteleuropäern“. Aber es ist nicht mehr der Gegensatz einer westlich-antienglischen und einer östlich-antirussischen Orientierung. In der Forderung des U-Bootkriegs konnten im dritten Kriegsjahr, nach der Niederwerfung Rumäniens und der damit endgültigen Ausschaltung Rußlands, die beiden Parteien zusammenkommen; der U-Bootkrieg ist eben nicht bloß „Verlängerung der rechten Flanke“ der „Westfront“, sondern ebenso — im östlichen Mittelmeer — Verstärkung der linken. Daß also der Gegensatz „Antwerpen-Konstantinopel“ überhaupt ein Gegensatz sein müßte, ist kaum einzusehen. Der Grund wird erst deutlich, wenn man erkennt, daß er gleichzeitig einen Kampf der innerpolitischen Richtungen bedeutet. Eine neue Rechte und eine neue Linke zeichnen sich ab.

Das Schwergewicht der neuen Rechten liegt nicht mehr in Ostelbien; nicht mehr der „Krautjunker“, sondern der „Schlotbaron“ ist ihr Träger. Der altpreußische Konservativismus hat sich in die Gefolgschaft eines in seiner Weise durchaus neudeutschen begeben. Die „Bethmannfronde“ wurde nicht mehr von der Kreuzzeitung, sondern von Blättern wie der Rheinisch-Westfälischen Zeitung geführt. Es ist sonderbar genug, zu sehen, wie wenig diese nunmehr wirklich aristokratisierte Schicht, — denn erst indem sie eine Zeitlang auch zur Fronde wurde, bewahrt eine soziale Herrenschicht ihr Anrecht auf den Platz einer politischen Aristokratie —, wie wenig also diese neue Aristokratie den Hoffnungen entspricht, die ihr einst Naumann bei seinem großartigen Versuch, ein Bild der deutschen Zukunft zu erhaschen, entgegentrug. Naumann suchte damals nach der Aristokratie seines demokratisch-industriellen Neudeutschlands und glaubte — es mutet fast an wie eine Reminiszenz an den Vereinigten Landtag von 1847, an die Zeit der Beckerath, Hansemann, Camphausen, Mevissen — sie zu finden in den Industriekapitänen des Nordwestens. Er stand eben — durchaus erwachsen in den Vorstellungen der Bismarck'schen Ära, deren Bann er doch selber an seinem Teil gebrochen hat — noch unter der Herrschaft des Gedankens eines nordöstlich-südwestlichen Gegensatzes. Er konnte nicht ahnen, wie sich die Achse drehen würde.

Er hat es auch, als er nunmehr die neue Zeit zu begreifen und ihr das Stichwort zu geben sich anschickte, nur zögernd getan. Sein „Mitteleuropa“ ist, vielleicht aus Klugheit und notwendiger Rücksicht, noch so gesehen, wie es beim Ausbruch des Krieges ge-

sehen werden konnte, und wiederum mutatis mutandis ähnlich, wie man in der vorbismarck'schen Ära — Stichjahr hierfür 1859 — das Kommen des Deutschen Reichs erachtete, aus einem gemeinsamen Kriege Preußens und Österreichs gegen Frankreich.

Ebenso mit Blickrichtung nach der falschen Front sah Naumann Mitteleuropa zunächst aus dem Kampf gegen Rußland hervorgehen und konnte so die zusammenzwingende Gemeinsamkeit, die den Riß von 1866 endgültig schließen würde, statt im europäischen und asiatischen Südosten, noch in dem letzthin viel nebensächlicheren polnischen Problem erblicken. Erst indem Jäckh und Rohrbach und bald auch Naumann selber den Begriff des „größeren" Mitteleuropa (das aber in Wahrheit auch ein „anderes" Mitteleuropa ist als jenes) auf die Fahne schrieben, trat der weltgeschichtliche Sinn des Krieges nach seiner inneren Seite klar zutage. Erst jetzt wuchs die Idee „Mitteleuropa" mit der Idee der „Neuorientierung" wirklich zusammen.

Solange Polen, wie man anfangs die Sache wohl kaum anders sehen konnte, nur das Bindeglied zwischen den als Mächten im Grunde gleichgearteten beiden verbündeten Reichen zu sein schien — und diese Vorstellung von Deutschland und Österreich-Ungarn war zu Anfang des Krieges ja die volkstümliche —, solange konnte auch die Vorstellung von der besonderen Aufgabe des Deutschtums sich nicht in der Kriegswirklichkeit verankern. Ein Polen, das nur ein neues Schleswig-Holstein mit — hoffentlich — glücklicherem Ergebnis bedeutet hätte, wäre eben wie jenes einst zwischen 1864 und 66 eine Aufgabe geworden, welche die beiden Mächte nur als Staaten beansprucht hätte. Die südöstliche Blickrichtung eröffnete dagegen die Aussicht auf eine ganz andersartige, durchaus nicht rein politische Aufgabe.

Nun erschien plötzlich Österreich-Ungarn selbst nur als die erste Station einer Strecke, die über Westslawen und Magyaren zu Südslawen, Türken und weiter hinaus führt. Der preußisch-süddeutsche Gegensatz von 1871 ist verschwunden, wie eben solche Gegensätze verschwinden: nicht indem sie „aufhören", sondern indem sie ihre geschichtliche Wichtigkeit verlieren; neue wichtigere Gegensätze überschatten sie. Die Aufgabe des im Bismarck'schen Reichshaus erzogenen Deutschtums aber wird in den weitläufigeren und auch innerlich weniger engen Verhältnissen der Gegenwart eine ähnliche sein wie 1871 die des Preußentums. Die Stellung, die damals Süddeutschland einnahm, wird nun dem außerdeutschen Südosten zufallen.

Nicht der preußische Korporal, sondern der deutsche Ingenieur wird als Sendbote zu den neuen Verbündeten hinausgehen. Es ist in diesem Zusammenhang bedeutsam, daß schon vor dem Kriege das, was der junge Balkanslawe bei uns kennen zu lernen pflegte, unsere technische Hochschule war, und daß jetzt zur Schaffung des ersten bleibenden Zeugnisses der deutsch-türkischen Verbindung in Konstantinopel gerade der Baumeister ausersehen wurde. Und andererseits: nicht mehr einfach (wie der Preuße 1871) die weichere, anders und reicher harmonisierte Transkription der doch auch ihm eigenen Melodie wird das Kernvolk seinen Verbündeten abhören müssen; sondern ganz neue, wirklich fremde Töne und Rhythmen wird der Deutsche mitempfinden lernen und so nun die, vielleicht nur ihm erschwingbare, seelische Weiträumigkeit eines Weltvolkes bekommen, die nicht verwechselt werden darf mit der natürlichen, fast mühelosen Weltläufigkeit des Engländers oder Franzosen. Das politische Organisationsproblem Mitteleuropa wurde so erst von dem Augenblick an, wo nicht mehr Polen, sondern der Südosten das Siegel des Bündnisses von 1879 bildete, zu einer Probe auf die volksgeistige Kraft und Tiefe des Deutschtums.

Und damit wurde nun der „mitteleuropäisch“ gerichtete Deutsche von selber auch zum Verfechter der Richtung, die in dem Vermächtnis des 4. August 1914 — und was war Bethmann seinen Anhängern im Grunde anderes als der Hüter dieses Vermächtnisses? — den Boden erkannte, aus dem allein jene Schätze des Volksgeistes ans Licht gefördert werden konnten. Scharf traten jetzt auseinander die Vorkämpfer des reinen Machtbegriffs von, wie sie es nannten, „Bismarck'scher“ Prägung und jene anderen, die dem Deutschen die Sendung zuerkannten, in hingebendem Dienst an der eigenen strömenden Geschichte Völker auf breitem Rücken in den Ozean einer gemeinsamen geschichtlichen Zukunft zu tragen. Beides Imperialismen, doch jenes ein Imperialismus, der am Adler nur Schnabel und Fänge kannte, indes der andere vor dem Wappenbild das gewaltige „Sub umbra alarum tuarum protege nos“ des alten Reiches ohne falschen Ton erneuen durfte.

Unversöhnlich sind sie nicht. Wenigstens insofern sie sich in dem Schlachtruf Hie „Antwerpen“ — hie „Konstantinopel“ zu weltpolitischen Taktiken zu verdichten schienen. In dem Gedanken eines deutschen Mittelafrika mit unmittelbarem Anschluß an den mitteleuropäischen Block durch ein der Türkei zurückgewonnenes

Ägypten würden beide, der „koloniale“ und der „kontinentale“ Imperialismus, zusammenwachsen können, wenn dieser Gedanke heute Aussicht auf nahe Verwirklichung hätte. Auch ohne den unmittelbaren ägyptischen Anschluß läßt sich die wechselseitige Stützung nicht verkennen, die sich die immerhin schon nachbarlich nahgelegenen Außenlande des türkischen Reichs und ein deutsches Mittelafrika bei genügendem militärischen und wirtschaftlichen Ausbau der Verbindungen bieten würden. Und so sind denn längst die klügeren Köpfe auf beiden Seiten bemüht, die Vereinbarkeit der beiden Zielrichtungen zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen.

Dennoch! — eine Unversöhnlichkeit, die im Augenblick nicht durch einfaches Zumbewußtseinbringen behoben werden kann, bleibt bestehen: eben die Verschiedenheit der imperialistischen Gesinnung, die sich in der Verschiedenheit der nordwestlichen und südöstlichen Zielrichtung nur widerspiegelt. Solche innere Verschiedenheit wird ausgeglichen werden nicht durch das klärende Wort, sondern durch das langfristige Wirken des historischen Erlebnisses. Und es ist nur ein anderer Ausdruck für die Höherwertigkeit der „südöstlich“-imperialistischen Gesinnung, wenn man sagt, daß nur das ihr zugeordnete Kriegsziel die Kraft in sich birgt, insoweit es erreicht wird (und einerlei in welchem äußeren Umfang es erreicht wird), eine bekehrende, umschaffende Macht auf die entgegenstehende Gesinnung auszuüben. Eine Macht nicht durch Worte, sondern durch das, was allein in der Geschichte überzeugend und erziehend wirkt: durch den Zwang der Lage. Der nach Südosten geschaffene Zustand wird Männer fordern und finden, die den „nordwestlichen“ Deutschen allmählich so in den historischen Schatten drängen werden, wie heute der „Ostelbier“, der führende und frondierende Aristokratentyp des Bismarck'schen Zeitalters, weltgeschichtlich — natürlich nicht etwa sozial — beiseite geschoben ist. Eine gleiche Macht in umgekehrter Richtung wird man dem nordwestlichen Kriegsziel, soweit es verwirklicht wird (und wieder einerlei in welchem Umfang), nicht zuschreiben können. Es ist eben die entscheidende Schwäche jeder im letzten Grunde materialistischen Gesinnung, daß sie zwar ihren eigenen Träger zu überzeugen vermag, aber nie den anderen. Erziehende Kraft geht nur von ihrem idealistischen Gegenpart aus. — Aber das sind Zukunftsaussichten und sogar recht ferne. Der Augenblick zeigt den noch unausgeglichenen Gegensatz im Innern und eine dem Zuge seiner Spannung gleichgerichtete gemeinsame Kampffront nach außen. Von Nordwest

bis Südost sammeln sich die letzten Entscheidungen des Krieges; zwischen Nordwest und Südost nehmen die Kämpfe der kommenden Friedenszeit ihren Ursprung.

Nordost und Südwest.

Von einem Niedersachsen.

So geht es, wenn ein Blick, der gewohnt ist, im Fluge aus weiter Entfernung große Flächen zu überschauen, sich zwingt, die kaleidoskopischen Verschiebungen im Geistesgehalt unserer deutschen Gegenwart zu erfassen und zukunftspolitisch zu werten. Sie sind tatsächlich gut beobachtet, aber schwerlich richtig bewertet. Die rasche Auffassungsgabe der Jugend hat ihre eigenen Mängel. Dazu kommt, daß hier der Beobachter offenbar ein südwestlich gerichteter Kulturpolitiker ist, der nur durch die Zeit genötigt wird, imperialistisch zu denken; augenscheinlich tut er es ungern. Deshalb ergreift er um so lieber jede Möglichkeit, auch auf der anderen Seite eine imperialistische Löwenhaut zu vermuten, hinter der der wahre Jakob sich verbirgt.

Aber du irrst, Macedonicus. Auf der anderen Seite steht wirklich noch immer Preußen, richtiger gesagt: Niederdeutschland. Der Gegensatz ist ja, wie du selbst trefflich zeigst, weit älter als Preußen. Und der nordwestliche wie der nordöstliche Geist, sie sind beide nur Abwandlungen des alten Sachsengeistes, notwendige Abwandlungen.

Franken und Sachsen, Habsburg und Zollern, es ist immer der gleiche Gegensatz der Volksart, der die deutsche Entwicklung bestimmt. Es hat dahin geführt, die deutsche Politik in die Hände derjenigen deutschen Stämme zu legen, deren nüchterner Wirklichkeitssinn und deren Staatsfähigkeit dafür die unerläßliche Voraussetzung bildet. Wäre jener uralte Gegensatz wirklich jetzt veraltet, so würde das bedeuten, daß Preußen sein Erziehungswerk vollendet hätte. Ist unsere Gegenwart so beschaffen, daß wir dies annehmen können?

Die Antwort sei zunächst auf Grund der eigenen Äußerungen unseres Mazedoniers angebahnt: „Das Schwergewicht der neuen Rechten liegt nicht mehr in Ostelbien“. Eine richtige Beobach-

tung. Der „alldeutsche“ Grundton der Bewegung, von der hier die Rede ist, rührt in der Tat her von der nordwestlichen Industrie. Konservative und Agrarier, von jeher eingestellt auf innere Politik, wäre nicht imstande gewesen, dieses weltpolitische Losungswort auszugeben und kraftvoll zu verbreiten. Die geringe Befähigung des durchschnittlichen Ostelbiers für auswärtige Politik hat Bismarck sehr offenherzig beklagt; aber wie er es tat, zeigt deutlich, daß er Wege zur Besserung bereits vor sich sah. Er war doch selbst Ostelbier, und was jetzt geschieht, ist doch — auch nach Macedonicus — nicht soweit von den Bahnen Bismarck's entfernt, wie jetzt oft behauptet wird. Am Ende ist gerade die Verbindung von Nordwest und Nordost das beste Mittel, um jenem Mangel abzuhelfen, zumal auch Hamburg und Bremen innerlich dieser Verbindung nahestehen.

Jedenfalls zeugt es von reger Phantasie, aus einer eben erst erfolgten Verschiebung der Führung in der Agitation für Fortsetzung und Verbreiterung der Bismarck'schen Politik gleich so weittragende Folgerungen zu ziehen. Nordwest war allzulange in der Politik passiv gewesen. Wirtschaftlich hatte es seit langer Zeit schon ein gewaltiges Schwergewicht, hatte aber weder den Willen noch die Fähigkeit bekundet, dieses Schwergewicht politisch in die Wagschale zu werfen, abgesehen von der Handelspolitik, wo aber Nordwest auch erst durch die Verbindung mit Nordost gewirkt hat. Wenn die Industrie jetzt wirklich in Norddeutschland weltpolitisch die Führung übernimmt, so bedarf sie, zur Lösung ihrer Aufgabe, um so mehr der fest im Heimatboden wurzelnden Kraft des Nordostens, der Landwirtschaft, bedarf sie, gegenüber der Feindschaft ringsum, einer starken Wehrmacht, die — soweit wir bisher erkennen können — nur im alten Preußengeiste sich erhalten und fortbilden kann, bedarf sie strenger preußischer Finanzgrundsätze, des ganzen starken Knochengerüstes unseres Preußentums.

Dies alles sind doch notwendige Funktionen. Der Adler des Reiches muß doch sicherlich Schnabel und Krallen haben, und diese nützen ihm wenig ohne den kühnen Geist, der ihn treibt sie anzuwenden, wie der preußische Aar sie in den großen Zeiten unserer neueren Geschichte immer angewendet hat. Gibt die Denkungsart weiter Kreise unseres Volkes schon die sichere Gewähr dafür, daß der Adler seine scharfen Krallen, seinen scharfen Schnabel behält. wenn diejenigen Volksschichten, welche ihrer Natur nach die geborenen Vertreter des Preußengeistes sind, mundtot gemacht und

ausgeschaltet werden? Zeugt es schon von dem rechten politischen Instinkt, von gesundem Wirklichkeitssinn anzunehmen, daß das deutsche Volk ohne ein solches Organ, ohne eine Volksschicht, die den echten Kriegsgeist um seiner selbst willen freudig pflegt, seine Wehrhaftigkeit erhalten kann, gegenüber den überaus starken Strömungen. die ganz andere Ziele verfolgen, die den Kriegsgeist einstweilen noch keineswegs pflegen, ja ihn am liebsten ertöten möchten? Ist ein Geist, der da glaubt, durch immer wiederholte Friedensangebote unsere bittersten Feinde zum Friedensschluß zu bewegen, der richtige Hüter unserer Wehrhaftigkeit?

Und wenn wirklich der Gegenpol des alten Preußengeistes „Mitteleuropa“ heißen sollte, was sicher nur mit erheblichen Einschränkungen richtig sein kann, so ist damit nicht gesagt, daß das Losungswort „Preußen“ in „Mitteleuropa“ die Bedeutung verlieren muß, die es im Deutschen Reiche bisher gehabt hat. Der mitteleuropäische Gedanke, so wie er entstanden und bisher aufgetreten ist, enthält doch keineswegs ohne weiteres auch den Preußengeist, sondern bekämpft ihn nach Kräften, wie er denn tatsächlich, wenn er so Leben gewinnen soll, eine starke Verschiebung des nationalen Schwergewichtes mit sich bringen würde. Um so notwendiger wird es sein, gerade in „Mitteleuropa“ Preußen nicht schwach werden zu lassen. Der deutsche Süden würde gewiß eine bedeutsame Aufgabe der Vermittlung haben; aber vermittelt könnte sicher nur werden zwischen Geistesrichtungen, die dessen bedürfen: die ausgesprochene Eigenart des Preußentums muß erhalten bleiben, der Geist strenger Zucht im Heer und Verwaltung, preußische Mannhaftigkeit, preußisches Pflichtgefühl, unbedingte Zuverlässigkeit. Gewiß haben die übrigen deutschen Stämme diese staatsbildenden Eigenschaften gelernt; aber Preußen war der Lehrmeister. Charakteristisch für den deutschen Süden sind doch andere Eigenschaften, die ihn gerade für jene Aufgabe der Vermittlung besonders befähigen. Und andererseits wurzelt das Preußen, dessen Eigenart erhalten bleiben soll, historisch wie völkisch im deutschen Nordosten. Welchen Sinn hätte es, diesen nordöstlichen Geist gegenüber den neuen großen Aufgaben, welche ihm „Mitteleuropa“ stellt, auszutilgen oder zu verwässern?

Charakteristisch für die Denkungsart von Macedonicus ist das alte verhängnisvolle „Entweder — oder“ das die Berechtigung des nationalen Gegenpols in seiner vollen Eigenart verneint; er möchte einen Gegenpol haben, wie er ihm paßt; die preußische Eigenart

aber paßt ihm nicht; freilich paßt ihm die nordwestliche Eigenart ebensowenig. Bei dem „Entweder — oder: Antwerpen—Konstantinopel“ macht er sich selbst den Einwand, das brauchte an sich gar kein Gegensatz zu sein; der Grund werde erst deutlich, wenn man erkenne, daß er gleichzeitig einen Kampf der innerpolitischen Richtungen bedeute. Wie er uns das dann auseinandersetzt, zeigt deutlich, daß bei ihm eine petitio principii zugrunde liegt: er empfindet das Wesen des Gegensatzes als einen innerpolitischen, weil er selbst so stark unter seiner Einwirkung steht; bezeichnet er doch seine Gegner, offenbar ohne sich dabei etwas Besonderes zu denken, mit den landläufigen Schimpfworten „Krautjunker“ und „Schlotbaron“. Ihm kommt gar nicht der Gedanke, wie das auf Volksgruppen wirken muß, von denen die eine unser Volk im Weltkriege zu ernähren hat, während wir der anderen unseren Volkswohlstand, der doch auch eins unserer wichtigsten Kriegsmittel ist, hauptsächlich verdanken.

Es ist Gefühlspolitik, eine durchaus begreifliche Gefühlspolitik. Wir Alten haben dafür volles Verständnis. Gleich unserer Jugend empfinden auch wir seit langer Zeit die Hemmung der geistigen Entwicklung, die Verödung und Verarmung unseres Daseins unter dem Druck der vorwaltenden militärischen und wirtschaftlichen Interessen, der uns immer mehr zu „mechanisieren“ droht, als schwer erträglich. Wir haben den Idealismus von unseren Vätern ererbt; er ist in uns nicht erstorben. Doch in einer Zeit, der unser Volksdasein in Frage stellt, müssen wir solche Regungen zurückdrängen; denn der feste Boden dieses Volksdaseins wird durch die Elemente gebildet, die uns mechanisieren, durch Wehrmacht und Volkswirtschaft. Deshalb haben wir die Pflicht, der Gefühlspolitik, welche die notwendigen Voraussetzungen für die Entstehung und Erhaltung dieser unserer Daseinsgrundlagen verkennt, entgegenzuarbeiten.

Gewiß sind wir auf dem Wege, wir Alten und Jungen, einander zu verstehen. Das zeigt gerade Macedonicus schon sehr deutlich, hauptsächlich in der Art, wie er den Gegensatz Nordwest — Südost begründet; denn diese Begründung ist der Weltanschauung seines Gegenpols entnommen. Er ist Idealist und betrachtet deshalb seinen „südöstlichen“ Imperialismus schon als eine Entwürdigung seines eigensten Geistes. Nicht ohne Grund. Der Idealismus ist ja das höhere Stockwerk der Kultur. Macedonicus glaubt ferner, daß sein „südöstlicher“ Imperialismus dem „nordwestlichen“ überlegen ist, weil er mehr Idealismus enthält. Vielleicht hat er auch darin Recht.

Aber wenn er sagt, daß nur der Idealismus eine bekehrende, umschaffende Macht auf die entgegengesetzte Gesinnung auszuüben vermag, so wird das durch seine eigene Gesinnungsänderung widerlegt.

Vor allem leidet sein Standpunkt, wie mir scheint, an Überschätzung der politischen Bedeutung von „Mitteleuropa“. Gewiß ist diese Bedeutung sehr groß; aber der Begriff droht jetzt ein bedenkliches Schlagwort, ja eine große politische Gefahr zu werden. Nicht etwa deshalb, weil bei unseren südöstlichen Bundesgenossen ein geringeres Interesse für die Verwirklichung der in diesem „geographischen Begriff“ liegenden Erwartungen vorhanden zu sein scheint; tatsächlich haben sie ja weit stärkeres Interesse an Verwirklichung dieser Erwartungen als wir, und der Schein des Gegenteils kann sehr wohl erweckt sein durch unsere Begeisterung für Mitteleuropa. Aber die größere Gefahr, die aus solcher Begeisterung entstehen kann, liegt auf der anderen Seite, im Nordwesten.

Wäre ich Engländer, so würde ich es recht gern sehen, daß die Deutschen sich mit gewohntem ideologischen Feuereifer an dem Begriffe „Mitteleuropa“ festbeißen und darüber ihre bisherigen Weltinteressen vernachlässigen, obwohl sie schon ein Blick in unsere Handelsstatistik eines Besseren belehren könnte. Auch Macedonicus wird nicht im Ernste glauben, daß der dauernde Ausfall im Weltverkehr, den wir erleiden, wenn England es jemals wieder möglich sein wird, uns vom Weltmeere abzusperren, durch den gewiß unendlich wertvollen deutschen Ingenieur im Südosten ersetzt werden könnte, selbst unter Hinzurechnung der „türkischen Außenlande“ und eines „deutschen Mittelafrika“! Wie sollen wir aber sonst unsere 70 Millionen ernähren, deren Zahl und Wohlstand zum großen Teile auf dem Weltverkehre beruht? Wie den hoffentlich starken weiteren Nachwuchs?

Und wenn der Südosten uns wirklich einstweilen vollen Ersatz für den Niedergang unseres sonstigen Weltverkehrs geben sollte, würden wir dadurch mehr Sicherheit erlangen vor einem Erstickungstode von Englands Hand? Würde der englische Vernichtungswille nicht durch unser erfolgreiches Vordringen in der Nähe der wichtigsten und empfindlichsten Punkte der englischen Weltmacht schließlich erst recht gereizt werden? Und glaubt Macedonicus, daß England inzwischen stillgesessen hätte, daß es nicht mit allen Mitteln versucht hätte, unsere empfindlichste Stelle, unseren Nordwesten und die darüber hinausreichende, doch auch dann noch so lebenswichtige

Achse unseres Weltverkehrs, mit allen Mitteln zu treffen? Hätten wir dann mehr Aussicht, sie erfolgreich zu verteidigen als jetzt?

Niemand kann auf solche Fragen befriedigend antworten. Meinerseits wage ich sie weder zu bejahen noch zu verneinen. Wo bleibt aber, unter solchen Umständen, der durchgreifende Gegensatz zwischen dem Nordwesten und dem Südosten? Liegt noch irgendwelche Veranlassung vor, diesen künstlich konstruierten oder doch wenigstens aufgebauschten Gegensatz weiter auszuspinnen? Ich fürchte, das würde nur neue Verwirrung anrichten und unsere Geister dadurch ablenken von dem so unendlich bedeutsameren Gegensatze Nordost—Südwest?

Wir dürfen und wollen unsere südöstlichen Aussichten nicht geringschätzen, aber wir dürfen sie auch nicht überschätzen. „Mitteleuropa“ hat seinen sehr ernsthaften politischen Wert für uns wie für unsere Bundesgenossen. Die Begeisterung für diesen Begriff enthält freilich auch viel Unausgesprochenes, das Macedonicus nur ahnen läßt. Warum wäre sonst der südöstliche Imperialismus in seinen Augen höherwertig als der nordwestliche? Möglicherweise sind darunter auch Imponderabilien, die an das heilige römische Reich deutscher Nation erinnern, Sehnsucht nach dem blauen Mittelmeer, nach dem sonnigen, interessanten Süden. Demgegenüber wäre gewiß Vorsicht am Platze: Wenngleich die Romantik in der Politik wertvolle Triebkräfte bringen kann (ist sie doch zweifellos auch in unseren kolonialen Triebkräften enthalten), so dürfen solche Regungen doch, in unserer gefährdeten Lage, nie viel Einfluß auf die Politik erlangen, wie sie in Ostasien, zu unserem Schaden, erlangt haben. Aber ohne Frage denkt Macedonicus an anderes, an die ganze deutsche Kulturmission im Südosten.

Diesen Idealismus wollen wir als wertvollen Mitarbeiter freudig begrüßen, und er hat vermutlich in der Tat mehr Aussicht, sich im Südosten zu betätigen als im Nordwesten. Nur darf solche Kulturarbeit nie ihre eigenen Voraussetzungen aus den Augen verlieren: die genaue Kenntnis und richtige Behandlung der südöstlichen Völker. Und hierbei ist die Führung unserer Industrie, unseres Handels unerläßlich, die solche Aufgaben seit langer Zeit zu lösen weiß. Mir ist einstweilen sehr zweifelhaft, inwieweit unsere bisherigen Erfahrungen im Südosten dazu angetan sind, unseren Idealisten dort die Führung zu überlassen. Große Vorsicht wird jedenfalls auch dabei geboten sein, also auch die Leitung einer zugleich starken und gewandten Staatsgewalt, die Idealismus und Materialismus

geistig miteinander zu verbinden weiß. Und hier muß ich Macedonicus Recht geben, wenn er unseren bisherigen Nordosten allein für unfähig hält, diese Aufgabe zu lösen: er muß in der Tat mit nordwestlichen und südlichen Kulturelementen stark gemischt werden. Ganz Deutschland muß hier seine besten Kräfte einsetzen. Hoffentlich liefert uns Macedonicus, der gegenwärtig an der Quelle sitzt, auch dafür wertvolle Anregungen.

Der Kriegsteilnehmer und sein Staat.

Von Dr. **Philipp Holsten** (im Felde).

Revolutionen der Menschheit sind ein anderes als gewöhnliche Kriege, obwohl sie ebenfalls ganz oder teilweise in der Kriegsform ablaufen. Nur gewöhnliche Kriege sind ausschließlich politisch und haben rein politische Folgen. Dagegen sind Revolutionen nur teilweise und oft nur scheinbar politischer Natur und immer im Endergebnis vorwiegend unpolitisch. Wenn der ganze Zustand des Lebens umgeworfen wird, werden Sieger und Besiegter gleichmäßig verändert und Sieg und Niederlage selbst zu ephemeren Ereignissen gewandelt. Ereignisse bilden sich über solchem Kampfe, die nicht parteiisch sind und in die Schicksale der Beteiligten überall eingreifen, die Menschheit in ihnen zu wandeln. Im gegenwärtigen Kriege heißt dieser gemeinsame Inbegriff, durch den der Krieg als Revolution gezeichnet ist, der Kriegsteilnehmer.

Es ist dies ein vollständig europäischer Begriff, parteiisch nur insofern, als jedes Volk nur seinen, nicht den gegnerischen Kriegsteilnehmer erfährt; aber es ist doch auf beiden Seiten ein Kriegsteilnehmer, ein verwandtes Wesen, eine gemeinschaftliche Seele der gegeneinander Kämpfenden, wobei dahingestellt bleiben soll, ob der Kriegsteilnehmer später als Bindeglied der entzweiten Völker wird dienen können.

Wir fühlen es und haben es früh erkannt, daß der Kriegsteilnehmer und das, was er für unser Volk bedeutet, unabhängig vom Gang und Ausgang des Krieges ist. Damit soll nicht gesagt werden, daß Sieg und Niederlage gleichgültig oder auch nur unwichtig wären, wohl aber daß der gegenwärtige Krieg auch dem Unter-

liegenden diejenigen Werte bringt, die wir mit dem Stichwort Kriegsteilnehmer bezeichnen. Das Fragezeichen des Ausgangs wird vom Kriegsteilnehmer nicht aufgenommen und steigt daher vor ihm nicht auf. Sein Begriff ist militaristisch und nicht imperialistisch und steht daher jenseits des Entweder — Oder der Kriegsziele.

Trotz der imperialistischen Zeitepoche, in der wir leben und der wir alle unterliegen, ist das Wesen des Kriegsteilnehmers — bestimmt durch den Krieg als solchen — nicht imperialistisch und daher ein revolutionärer Faktor. Er steht über dem Hin und Her des Ausgangskampfes, nicht umstritten und nicht umstreitbar: er erzwingt sich seine Geltung. Das gibt ihm ein ganz freies und gewaltiges Gesicht, das mit Verehrung betrachtet wird.

Der Kriegsteilnehmer ist das Bleibende; so ist er auch das Übrigbleibende. Die neue Gesellschaft kann nur aus seiner Idee die Elemente der zukünftigen Bildung ziehen; er allein kann die seelische und geistige Übergangswirtschaft vom Kriege zum Frieden durchführen.

So müssen wir ihn, den Unpolitischen, politisch ergründen, weil er den Stoff eines anderen Staates darstellt, als der Friedensstaat war. Dieser wuchs aus Organen und Teilen zusammen und hatte in ihnen ein anerkanntes Leben, aber er hatte keinen eigenen Leib, der nur ihm gehörte. Dagegen ist der Kriegsteilnehmer selbst der Staat; der Mann, der draußen lebt und stirbt, ist Blut von seinem Blute; es ist ein gemeinsamer, lebender Körper, und über den Schlachtfeldern, über den Toten erhebt das sonst nur marmorne Haupt des Staates seine jetzt vom Leben glühenden Augen.

Da schweigen im Kriege alle anderen Gemeinschaften; der Kriegsteilnehmer ist nicht zuerst Berufs- und Klassenmensch, sondern von vornherein nichts anderes als Staatsbürger, *Staatsbürger auf nicht beruflicher Grundlage.*

Das Mächtige im Staate des Friedens ist, was wir gemeinhin die bürgerliche Gesellschaft nennen, die Stände, Berufe, Klassen. Neben und an sich ungleichartig mit ihnen stehen die politischen Parteien, und solange die Parteien ein ethisches oder allgemein ideelles Programm hatten, waren sie das Gegengewicht gegen die Macht der bürgerlichen Gesellschaft über den Staat. Die politischen Ideen sind aber nur in einer bestimmten Epoche der Geschichte der Völker so wirksam, daß sie die Zeugungskraft besitzen, Parteien zu lebenden Körpern im Staate zu machen. Es ist die Epoche, in der die bürgerliche Gesellschaft, die ursprünglich dem Staat macht-

los untergeordnet war und keine Eigenbewegung besaß, befreit ward. Ist aber einmal diese Befreiung vollbracht, dann haben die Ideen ihre Sache gemacht, die Parteien verkümmern und fallen schließlich ihrem eigenen Werke, der bürgerlichen Gesellschaft, zum Opfer, welche damit zum übermächtigen Faktor im Staate wird. Der Staat und sein Leben, ursprünglich aus Ideen erschaffen und einst in Ideen lebendig gewesen, überlebt die politischen Ideen, die wir heute noch in Rückständen in den politischen Programmen unserer Parteien vorfinden, so sehr, daß die Berufe und ihre Interessen, — die bürgerliche Gesellschaft — sich auch an die Stelle der Parteien setzen und in diesen die Gruppen der Gesellschaft noch einmal wiederholen, anstatt in ihnen eine die Gliederung der Gesellschaft durchschneidende Staatsgliederung zu errichten. Dadurch wird die politische Idee zu einer Lüge, und die ehrlichsten Politiker wollen die Konsequenz ziehen, die Partei vollkommen zugunsten der Gesellschaft zu entkräften. Jedoch vermag auch eine freimütige Anerkennung der Übermacht der Gesellschaft über den Staat die üble Wirkung dieser Übermacht nicht zu mindern. Der Interessenstaat, wie wir den Staat, in dem die bürgerliche Gesellschaft übermächtig geworden ist, nennen wollen, ist der lebloseste Staat, den die Geschichte kennt; er ist durch und durch unfruchtbar und würde überhaupt aufhören, Staat zu sein, wenn nicht die Vergangenheit, in der er einmal wirklicher Staat war, noch eine große Gewalt über die Gegenwart besäße. Aus den einzelnen Kreisen der Gesellschaft formiert, ist der Interessenstaat ohne eigene Seele und daher keine Persönlichkeit, wie sich sofort im äußeren Leben des Interessenstaates bemerkbar macht.

Die Gegensätze der gesellschaftlichen Kreise können höchstens durch eine inhaltlose Mittellinie ausgeglichen werden; aber in einer solchen Politik der Mitte sitzt keinerlei politische Kraft, und es ist da manchmal zu fragen, ob nicht für den Staat der Zustand, in dem die Gesellschaft noch nicht befreit war, der Staat daher der Willkür und Ungerechtigkeit einzelner Klasseninteressen anheimfiel, dem leblosen Zustand eines durch Gerechtigkeit bis zur Schemenhaftigkeit ausgeglichenen politischen Lebens vorzuziehen sei, ob wir die Befreiung der Gesellschaft nicht mit der Entnervung des Staates zu teuer bezahlen.

Nur im Frieden ist der Interessenstaat möglich. Im Augenblick des Kriegsanfangs fällt er in ein Nichts zurück, aus dem er sich hoffentlich nie wieder wird erheben können.

Nur solange der Staat seine persönliche Zeugungskraft ruhen lassen kann, vermag er sich dem Schema eines Interessenausgleiches zu unterwerfen und sich dadurch zum getreuen Abbild des Interessenkampfes der bürgerlichen Gesellschaft zu erniedrigen. Im Krieg wird das Schemen des Wortes „Alle“ durch die mächtige Gestalt des Wortes „Das Ganze“ beiseite gestoßen und der Interessenausgleich so gleichgültig, daß bei jeder Ungerechtigkeit, die von der Wirklichkeit gebracht wird, die Idee des Ganzen sich sofort schützend vor die im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft ungerechte Tatsache stellt.

Es ist nur eine der paradoxen Unklarheiten der heutigen Ideenrichtungen, wenn die Vertreter des Machtstaates zugleich Anhänger des Interessenstaates sind, obwohl wir doch nur diesem die ungenügende Ausnutzung unserer tatsächlichen Macht anzurechnen haben. In revolutionären Zeiten pflegen die wirklichen geistigen Tendenzen noch unter dem Deckmantel veralteter und überlebter Ideen aufzutreten und daher in ganz verschrobenen und unverständlichen Zusammenhängen drin zu stehen. So ist der Einfluß des im Kriege Wirklichkeit gewordenen Militarismus, der doch das Zeitalter beherrscht, auf die Staatsidee noch gar nicht ausgesprochen. Die geistigen Richtungen nehmen zu ihm noch nach alten Orientierungen Stellung.

Das Außerordentliche des Zustandes, den der Kriegsstaat darstellt, läßt sich allerdings nicht verhüllen; aber er wird gemeinhin als eine Episode gefaßt oder zum mindesten die Unklarheit, die über seinen Fortbestand im zukünftigen Frieden besteht, zum Anlaß genommen, ihn vorläufig als Episode zu werten. Hierbei wird außer acht gelassen, daß die Wirkungen, die der Kriegsstaat während des Krieges auslöst, bleibender Natur sind. Der Kriegsteilnehmer, der Mensch ohne Beruf, nur mit dem Berufe des Kampfes und Todes, ist schon im Kriege kein Sonderstand, sondern der allgemeine Stand des Kriegsvolkes; so bleibt die Erinnerung, die er hinterläßt, auch im Frieden die eines das ganze Volk ergreifenden Zustandes. Er bleibt unvergessen; denn er ist auch dann noch ein Symbol; in ihm verkörpert sich der Wille des Volkes zu seiner Zukunft, und daher kann er in dieser Zukunft selbst nicht verloren gehen. Mit ihm wandelt sich die politische Idee; es überfällt uns die Erkenntnis, daß ein Staat, der nicht Interessenstaat ist, möglich ist; er hätte nur die Voraussetzung, daß der Krieg im Frieden die innere Grundlage des Staates bliebe. Nur der gundsätzlich militaristische Staat vermag uns vor der Wiederkehr des Interessenstaates zu bewahren, der

den Kriegsteilnehmer, einzelnen wie Symbol, bedroht. Wenn es eine Idee des Staates geben kann, die unvergänglich ist wie der Glanz der Sonne, dann ist es die des militaristischen Staates. Wenn wirklich jeder sich als Soldat fühlt, besitzt der einzelne Bürger eine Existenz, die über der Ebene seines Berufes liegt.

Mit allgemeinen Ideen kann man keine Gemeinschaft speisen; denn der einzelne vermag sie, selbst wenn er sie begreift, doch nicht aus eigener Kraft zu verwirklichen. Er bedarf einer greifbaren Unterlage. Diese ist im Staate das Heer, so wie es sich im Kriege jetzt zu einem vollkommenen allgemeinen Volksinstitut ausgewachsen hat, so daß nunmehr Volk und Heer eine Gleichung darstellen, jeder einzelne seine militärische Personifizierung erfährt. Zu diesem Zwecke muß der Staat jederzeit den Übergang vom Friedens- zum Kriegsstaat machen können; der Übergang muß in ausgiebiger Gesetzgebung verfassungsmäßig festgelegt werden, und muß außerdem mittels einer ständigen provisorischen Kriegsorganisation des Friedensstaates diesen selbst mit militaristischem Geiste tränken. Zwangs- und sozialistischer Staat muß der künftige Friedensstaat nur insoweit sein, als er Kriegsstaat zu sein hat. Die bisherigen Ideensysteme müssen durchschnitten werden, aus dem sozialistischen die Organisationsform, aus dem chauvinistischen der militaristische Sinn genommen und diese beiden Hälften zu neuer Vereinigung verbunden werden. Der Kriegsstaat ist sozialistisch und damit Überinteressenstaat, nicht wie es der alte Sozialismus will, sozialistischer Interessenstaat. Die bürgerliche Gesellschaft soll ihre bisherige Friedensorganisation, anti- und überdemokratisch, beibehalten, in ihr soll sich daher der Herrenmensch, dessen Theorie die des Chauvinismus ist, vollauf betätigen. Dagegen tritt der ewige Kriegsstaat als streng sozialistische Organisation über die bürgerliche Gesellschaft und gibt jedem Staatsbürger eine feste Grundlage für seine nichtberufliche Staatsbürgerexistenz.

Die Verquickung des Sozialismus mit dem Pazifismus gibt dem Sozialismus den Todeskeim, während dem Militaristen der Bund mit dem Interessenstaat verhängnisvoll wird. Soll im *Sinne des Kriegsteilnehmers* Politik getrieben werden, so kann dies nur im strengen Gegensatz gegen, im entschiedenen Abrücken vom Interessenstaat geschehen. Jede Politik wird streng und erfaßbar durch ihre Gegner, ohne sie ist sie verschwommen und unklar phrasenhaft; die Gegner des Kriegsteilnehmerstaates sind der Staat des Pazifisten und der Interessenstaat!

Militarismus heißt nicht Wille zum Kriege, sondern Einverständnis mit ihm und Übertragung der vom Schicksal verhängten Kriege auf die dauernde Organisation des Staates, mithin Übernahme des außerordentlichen Kriegszustandes in den ordentlichen Friedenszustand; es ist mehr als zweifelhaft, ob dadurch mehr Kriege entstehen werden; aber das steht auch hier gar nicht in Frage; denn ich spreche nicht vom Kriege, sondern vom Frieden. Gerade von diesem verlange ich die Übernahme des Kriegsstandes in die ewige Weise des Staates, um dem Bürger eine bleibende Grundlage seiner überberufsmäßigen Existenz zu verschaffen.

Daher entgegne man uns nicht, daß die Gegnerschaft gegen den Pazifismus eine Vermehrung der Kriege bedeuten werde — eher könnte man den Pazifismus beschuldigen, daß er die Bekämpfung von wirklichen Kriegsgründen durch eine kriegsfeindliche Theorie erschwere, vielfach, wie es der amerikanische Pazifismus zeigt, unmöglich macht. Man entgegne uns auch nicht, daß der Aufbau der Berufe und Stände nicht zu beseitigen sei, daß der Kriegsteilnehmerstaat eine unmögliche amorphe Struktur besitzen würde. Denn niemand will den Aufbau der Berufe vernichten. Als die bürgerliche Gesellschaft ist er ebenso ewig, wie der militaristische Überbau des Staates ewig sein soll; aber der Aufbau der Berufe soll nicht die Politik beherrschen und nicht das eigene Wesen des Staates verdrängen, er soll nicht doppelt vorkommen, zuerst als die bürgerliche Gesellschaft und dann noch einmal als der Staat der berufsmäßig begründeten politischen Parteien. Der Kriegsteilnehmerstaat ist nicht unförmig; denn er weist die Reichweite der Interessen nur in ihre Schranken zurück und erhebt sich über diesen als das höhere Stockwerk des nationalen Lebens. Wie ein Volk noch nicht eine Nation ist, sondern erst nationale Geschichte — die Gemeinschaft des Schicksals — ein Volk zur Nation erhebt, so sind die Berufe nicht der Staat, sondern werden dies erst durch die Verwandlung eines jeden Berufsmenschen zum Staatsbürger. Diese Verwandlung fehlt dem Interessenstaat, aber erneuert sich ständig im Staate des Kriegsteilnehmers.

Der Interessenstaat ist auf die Dauer zum Pazifismus verurteilt, weil der Militarismus weder in die einzelnen Interessen noch in den Ausgleich der Interessen hineinpaßt, nur der militaristisch bewußte Staat ist Persönlichkeit im strengen Sinne. Nur er vermag gleich einem einzelnen in der Geschichte zu sprechen und zu handeln; die Schmälerung unserer Kraft durch die bisherige Struktur

unseres Staatslebens in der Form des Interessenstaates ist für uns in dem gegenwärtigen Kriege bereits verhängnisvoll gewesen. Wollen wir uns für die Zukunft eine unserer wirklichen Kraft entsprechende Stellung verschaffen, so werden wir dies nur durch ein starkes Zurückdrängen des Interessenstaates erreichen können. Die zentrale Staatsidee, um die die Bürger sich zu gruppieren haben, darf nicht wieder der Ausgleich der Interessen werden, wie dies vor dem Kriege der Fall gewesen ist, sondern die nationale Geschichte, das Bewußtsein gemeinsamen Schicksals muß zum Inhalt dieser Idee werden. Das Geschick, das sich im Kriege bildet, wirkt sich im Frieden aus. Und so muß das Bewußtsein des Krieges im Frieden erhalten bleiben; an dieses Bewußtsein, das an jeden einzelnen aus der Gleichung Volk = Heer kommt, knüpft das echte und große Staatsbürgerbewußtsein an, das unser Volk auch in diesem Kriege noch keineswegs besitzt. In der Politik gebührt daher der äußeren Politik der Primat. Denn der Vorrang einer inneren Politik wird immer schnell wieder zum Interessenstaat zurückführen.

So ist es gerade der innere Wert des Staates, der den unbedingten Vorrang der äußeren Politik im Staatsleben verlangt. Wollten wir diesen Vorzug nur auf äußere Notwendigkeiten begründen — wie dies ja infolge der Erfahrungen dieses Krieges verschiedentlich ausgesprochen worden ist — so wäre damit wenig gesagt, und es gäbe auch keine dauernde Vorrangstellung der äußeren Politik, sobald die Eindrücke der Kriegszeit sich verwischt haben würden. Soll der Staat nicht tote Masse sein, so muß er sich von dem Vater alles irdischen Lebens, der Geschichte, erzeugen lassen, und die Geschichte kennt nur ein wirkliches Recht, das Kriegsrecht, das selbst übrigens keineswegs nur ein Recht der rohen Macht ist. Der Geist dieses wahren Menschheits- und Völkerrechts ist es, in dem das deutsche Volk auch im Frieden den Weg des Kriegsteilnehmers weiterhin gehen kann. Das Schicksal kennt keine Interessen, rücksichtslos geht es über die jeweilige Organisation der Berufe hinweg, — der Bürger als Untertan des Schicksals ist nur Staatsbürger und stellt den Kriegsteilnehmerstaat dar. Gegen die Geschichte gibt es keine Berufung, außer vor der Geschichte selbst. Politische Parteien, die prinzipiell gegen die Geschichte frondieren, sind daher unerträglich und staatsfeindlich: ausführlicher will ich mich darüber nicht auslassen. Gleichwohl läßt das erlaubte Verhältnis zum politischen Schicksal mehrere Wege offen, schon allein je nachdem es mehr auf Passivität oder auf Akti-

vität gegründet ist, und gibt damit den Weg zur Parteibildung auch im Staate des Kriegsteilnehmers frei.

Wenn jedoch jede politische Parteiung sich innerhalb des Rahmens formiert, den das gemeinsame Schicksalsbewußtsein bildet, dann dürfen die Kämpfe der politischen Parteien nie über diesen Rahmen hinübergreifen. Merkmal hierfür ist, daß, sobald eine Partei einen bestimmten politischen Streit aufgibt, ihre bisherige Gegnerin kein Recht mehr hat, das Streitverhältnis ihrerseits gleichwohl aufrecht zu halten. So ist die Hauptgrundlage des zu fordernden Staatsgefühls das Bewußtsein eines schlechthin gemeinsamen Bewußtseins, das durch keine Tatsachen getrennt werden kann. Wie die ideale Untrennbarkeit der Ehe, die doch durch die Sterblichkeit der Beteiligten eingeschränkt ist, die Ehe erst zu einer sittlichen und sozial durchgreifenden Institution erhebt, ebenso wird der Staat erst durch die reale Untrennbarkeit seiner nichtsterblichen Glieder eine lebendige, verpflichtende und gebende Macht. Untrennbar auf Tod und Leben verbunden zu sein, ist der Inhalt desjenigen Bewußtseins, das über die Grenzen der Parteien und Berufe weit hinüberschwillt, das keine Parteien, keine Berufe kennt. Nur an dem Ort dieses einheitlichen Bewußtseins findet die Regierung eines Staates selbst ihren Platz. Während das Volk in seinen Parteien die politische Ebene auch mit Figuren aus den berufsständischen Gliederungen besetzt und die bürgerliche Gesellschaft der Interessen selbst politisiert, ist der Standort der Regierung der des Staates selbst, steht daher über Parteien und Gesellschaftsklassen direkt am Mittelpunkt jenes Bewußtseins des auf Tod und Leben Verbundenseins, entfernt von allen parlamentarischen Regeln. Sie besitzt im Parlament nur die geklärte, politisch bewußte und daher im Schicksalsbewußtsein einmütige, im übrigen aber parteiisch zersplitterte bürgerliche Gesellschaft und ist daher der hohen Aufgabe sich bewußt, im Parlament das Volk selbst zu leiten und zu erziehen.

So ist das Problem des Kriegsteilnehmerstaates in erster Linie das der Regierung; in ihm muß sich die Untrennbarkeit des Volkes in Freud und Leid, das Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft ausdrücken; das ist es, was wir Kriegsteilnehmer bei unserer Heimkehr verlangen. Ein leerer und deshalb unausfüllbarer Gegensatz zwischen Regierung und Volk widerstreitet dem am meisten, eben daher aber auch eine jede Idee, die entweder die Regierung von der Volksvertretung — Stimme des Volkes! — abhängig machen will (Parlamentarismus) oder das Volk als die nichtverstehende

Masse zugunsten einer Regierung der Wissenden — aufgeklärter Beamtenstaat — entrechten möchte. Mit dem Parlamentarismus würden wir den Interessenstaat nur erneuern, in Kopfstellung erneuern, während eine Beamtenregierung ohne wirkliche Beteiligung des Volkes den Gegensatz von Volk und Regierung, den es vielleicht selbst beschwichtigen möchte, immer erneut hervorrufen müßte und daher gegen die Mächte der Interessen keine Gegenwirkung ausüben könnte; denn nur eine Regierung, die sich in der Unterhandlung mit ihrem Parlament mit dem ganzen Komplex der Interessen auseinanderzusetzen hat, kann den Interessenstaat überwinden und an seine Stelle den pädagogischen Staat des Kriegsteilnehmers setzen.

Regierung und Parlament verhalten sich wie Erzieher und Zögling, wenn auch die Sprache ihres Verkehrs die pädagogischen Formen nicht enthalten darf. Die Beamtenregierung würde auf indirekten Wegen dem Interessenstaat wieder verfallen, wenn sie nicht die Aufgabe der Erziehung des im Parlament vertretenen Volkes hätte; nur diese Aufgabe gibt einer Beamtenregierung den idealen Schwung, der in ihr das Schicksalsbewußtsein aufrecht erhält und das Aufkommen eines einseitigen Berufsgefühls des Beamten verhindert. Vom Standpunkte eines einseitigen Beamtenstaates gingen wir dann dem Volksstaate, vom Standort des Interessenstaates dem Geschichtsstaate entgegen. Der Volksstaat empfängt seine Einheit nicht aus dem Majoritäts-, sondern aus dem Geschichtsprinzip; aber die Vertretung des Volkes muß eine wirkliche Vertretung sein, nicht weil sie dann ihrerseits die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen berufen wäre, sondern weil nur sie das Volk wirklich in den Erziehungskreis des aufgeklärten Bürokratismus bringt.

Die Beamtenregierung wird ihrerseits nur durch eine wirkliche Volksvertretung dazu erzogen werden, die Aufgabe der Erziehung zu erfassen und die Schranken des Beamtenstaates niederzuschlagen. Der Grundsatz der Volksvertretung darf daher vom Wesen des Interessenaufbaues, der sich schon von selbst im Parlament zum Ausdruck bringt, nichts enthalten, und ebensowenig sich durch die technischen Grundsätze bestimmen lassen, die für die Bewertungen der Regierung ihrerseits gelten. Für die Volksvertretung gilt kein Prinzip der Differenzierung und der Auswahl; hier ist jeder wieder Kriegsteilnehmer und damit vor der Regierung gleich; der ärmste Sohn des Volkes ist auch sein treuester; Unterschiede der Kriegsteilnehmer gibt es nicht. Denn das Schicksal verbindet hoch und niedrig — alle getrennten Kreise der bürgerlichen Gesellschaft — in

einem einzigen Geschichtspunkt. Die Einheit des Geschickes projiziert sich in der Gleichheit des Volkes vor ihrem Erzieher, der Regierung, die — personifiziert im Monarchen, realisiert im Beamtentum — keine Parteien, keine Berufe kennt, daher jedem das gleiche Recht zuerkennt, zum Mitwirken sich erziehen zu lassen. In jedem Wahlrecht, das differenziert wäre, würde der Aufbau der bürgerlichen Gesellschaft ungebrochen in den Staat hineintreten; dem Bewußtsein des gemeinsamen Geschickes wäre die Erfüllung geraubt, während bei einem kritiklos gleichen Wahlrecht das Parlament den Einflüssen des Interessenaufbaues noch zur Genüge offensteht, aber auch die Möglichkeit hat, eine von den bürgerlichen Interessen freie Parteiung — nach der Verschiedenheit der Stellungnahme zum Geschichtsstaat — zu bilden. So bietet das kritiklos gleiche Wahlrecht im allgemeinen den Boden, auf dem das Bewußtsein des gemeinsamen Geschickes vom Volke zur Regierung und von dieser wieder zum Volke wandern kann.

Die Erziehung ist so eigentlich eine gegenseitige; die Volksvertretung bildet die Beamtenregierung zu einer Regierung um, für die das Volk, das sich im Parlament darstellt, Mitregent, gewissermaßen „Juniorpartner“ wird, und die daher eine Aufgabe darin sieht, die etwaigen Mängel der Befähigung des Parlaments zur Rolle des Juniorpartners durch Erziehung zu beseitigen.

Aber diese ganze Wandlung und innere Reform des Staates ist nur möglich — hieran ist immer wieder mit Entschiedenheit zu erinnern —, wenn an der Spitze des Staatslebens die Idee des Geschichtsstaates, die Idee des Weltstaates steht, nicht im imperialistischen, sondern im weltgeschichtlichen Sinne. Der Volksstaat kann nur entstehen, wenn der Weltstaat sich bildet. Und hierin liegt eine der Hauptwirkungen, die das Volk auf die Regierung, die allzusehr zum isolierten Staatsbegriffe neigt, ausüben kann und muß. Erst müssen wir die leere Paradoxie des Pazifismus nicht nur in den politischen Lehren, sondern auch in der Praxis einer unwelthaft erzogenen Beamtenregierung abgestreift haben, ehe wir hoffen können, den Staat des Kriegsteilnehmers zu bilden.

So kommen die lebendigen Kräfte, welche starre Formen wandeln ohne sie auszurotten, von außen, aus dem äußeren Geschick des Staates; wenn das Zentrum des Staates an seiner Peripherie liegt, vermag er in sich selbst zentral zu werden, während ein nur um sich selbst gruppierter Staat schwammige Masse — Interessenstaat — werden muß. Die wehrhafte Grenze des Staates ist bedeutend mehr

als seine rein militärische Grenze und daher nicht allein vom Standpunkt militärischer Notwendigkeiten, die bekanntlich sehr wandelbar sind, sondern vom Standpunkt politischer Realitäten zu behandeln. Die Grenze darf wohl die Linie der Volksgemeinschaft übersteigen, aber nicht die Grenze der Geschichtsgemeinschaft; diese gibt ein scharfes Merkmal für die Zielgebung in unseren politischen Forderungen an den Ausgang des Krieges.

Aus der Kriegszeit dürfen wir nicht die eine Folgerung ziehen, daß der geschlossene Staat lebensfähig sei; denn wenn er es im Kriege ist, so ist er es durch den Krieg, das heißt durch die massivste Verlegung seines Schwerpunktes an seine Grenze. Im Frieden, dem die Massierung des Volkes an den Grenzen seiner Existenz fremd ist, würde der geschlossene Staat schnell zugrunde gehen und in seiner eigenen Masse ersticken. Leben, Bewegungsfreiheit, Frische und Richtung erhält das Staatsleben allein von seiner äußeren Existenz, deren Inhalt und Schicksal, und der Mittelpunkt eines Staates darf daher nicht in seinem Mittelpunkte liegen.

Das war das verhängnisvolle Erbe des Bismarck'schen Staates, daß er, aus der Idee der nationalen Einigung entstanden, nur um diese Idee gruppiert blieb und sich nach außen hin für uninteressiert erklärte, seine Schwergewichtsverteilung auf das Kräfteverhältnis von Preußen und Reich begründete und daher jene Exzentrizität, die ein Staat besitzen muß, nach innen hin verlegte, die nach außen zu richtende Kraft nach innen umbog, und so gerade dem Ideal seiner Anhänger, dem Machtstaat, die Kraft entzog. Die innere Einheit des deutschen Staates war von Resten außerpolitischer Formen nicht frei, deshalb steuert Deutschland erst mittels der Schicksale dieses Krieges zwar nicht auf den einförmigen Einheitsstaat, aber auf die Staatsform hin, die durch den Überwert des Reiches über Preußen gekennzeichnet wird, und daher die Staatenbund-Elemente, die der bisherige Bundesstaat im Frieden noch im starken Maße vermöge der Brechung der Reichsregierung durch die Handlungen der preußischen Regierung besaß, beseitigen wird. Das wirkliche Reich, von dem wir bis jetzt so wenig besaßen, vermögen wir nur durch die Form des militaristischen Staates zu erreichen, durch den Kriegsteilnehmerstaat, der dem Zustand des Krieges eine dauernde Friedensform verleiht.

Nur im Weltstaate kann das Reich wirklich zum Reiche werden — und dieses Reich wird dann Volksstaat sein können. Mit dem Über-

gang zum Industriestaat hat diese Entwicklung nichts zu tun; er, dessen Einseitigkeit wir mit den Erfahrungen dieses Krieges gerade wieder entwachsen, ist nur eine besondere Form des Interessenstaates. Die konsequente Anerkennung des Militarismus ist es, der wir die Erfüllungen unserer Reichsidee werden verdanken können.

Lebendig ist das Leben des Staates im Kriege, lebendig soll der Kriegsteilnehmerstaat sich im Frieden erhalten. Nur dann kann der Volksstaat sein. Wenn uns nur die vollkommene Abkehr vom Interessenstaat retten kann, dann gehört dazu die Hingabe an unsere Volksgeschichte und an die Aufgaben, die dieselbe weltgeschichtlich stellt. Die innere Politik gehört unter die äußere, aber nicht so, daß sie durch die äußere zum Schweigen gebracht würde, wie es in der fehlerhaften Idee vom Burgfrieden gedacht wird, sondern so, daß die erzeugenden Kräfte von der äußeren Politik kommen. Daher haben wir zu der Umwandlung unseres politischen Wesens den ersten Schritt getan, als wir uns mit dem in Wirklichkeit fremden Österreich solidarisch erklärten und im serbischen Feldzug Bismarck und seine negative Weltpolitik verleugneten. Nur diejenigen Gegner der Entwicklung unserer inneren Politik sind konsequent, die jede annexionistische Politik auch nur im Sinne eines politischen Interesses an nichtdeutschen Staatsschicksalen bekämpfen, und es gibt solche echte Borussen. Wer unserer Balkanpolitik beipflichtet, der muß auch den Weg zum Volksstaat anerkennen, und wer diesen will, muß auch unsere überdefensive Staatsidee gelten lassen. Einen Teil ihrer Ideen müssen Demokraten wie Alldeutsche fallen lassen, um den anderen zu retten; für die Demokraten heißt es, den Pazifismus zu opfern, um eine Demokratie zu erhalten, — für die Alldeutschen auf den autoritativen Beamtenstaat zu verzichten, um den deutschen Weltstaat zu gewinnen.

Das politische Problem ist nicht ein Problem der Verfassung, sondern ein solches der Regierung; das lehren uns die westlichen Demokratien mehr als handgreiflich. Nur im Sinne des Kriegsteilnehmers finden wir den einigenden Zusammenhang für ein ganzes Volk. Denn in seinem Sinne ist jeder Höhere Vater, jeder Niedere Sohn. Und Erziehung heißt die Grundidee des neuen Staates, den Bethmann Hollweg begründet hat. Das erste Staatsbürgerrecht ist das Recht auf des Erzogenwerden zum Staatsbürger. Dieses Recht ist unverlierbar, es geht auch dem Staatsverbrecher nicht verloren, — es sei denn, daß sein Staatsverbrechen mit

Aufgabe der Staatszugehörigkeit unter gleichzeitigem Eintritt in eine neue Staatszugehörigkeit verbunden wäre. Der Fahnenflüchtige wird nur bestraft, allein der Verräter wird ausgestoßen.

Das Heer ist die bereits bestehende große Erziehungsgemeinsamkeit unseres Volkes. — Nach seinem Muster haben wir den neuen Staat zu bilden. Erzogen wird nicht nur der, der die untergeordnete Stelle inne hat, sondern jeder bis zur höchsten Stelle, und die Aufgabe des Führens tritt im Heere selbst als ein Gegenstand der Erziehungsaufgaben auf. Auch der politische Führer im Staate ist, wie er sich selber als Erzieher aufzufassen hat, wiederum Zögling der Staatserziehung durch jenen bloßen Gedanken der Erziehung, der sich im Staate sein Haupt schafft.

Das Reich als Volksschule, so lautet unser inneres Ziel. Es hat die Vorbedingung, daß das Reich wirklich lebendige Geschichte erlebt, Welt und Menschheitspersönlichkeit wird; denn nur dann ist es wirklich Reich. Geistige Inhalte kommen nicht von einer Verfassung, sondern allein von der lebendigen Wirklichkeit des Ganzen. So haben wir zu wachen, daß unser Staat wirklich Reich sei; der bloße Staat würde wieder marmorn werden, wie er es einstens gewesen ist. Und in einem marmornen Staate gibt es keine lebendigen Kräfte, gibt es keinen geistigen Inhalt, keine gemeinsamen Aufgaben; da müßte wieder die Gesellschaft des Berufsaufbaues dem Staat Leben zuführen und ihn daher verdrängen und zum Interessenstaat hinabsteigen lassen. Aber der Interessenstaat ist Raubbau an den politischen Instinkten und Kräften des Volkes.

Erziehung ist eine demokratische Idee, hat aber mit der Verfassungsdemokratie des Rechtsstaates wenig gemein. Deren Ideen werden vom Erziehungsstaat nur insofern übernommen, als sie in ihm notwendig sind. So ist das allgemeine Wahlrecht das erste Erziehungsmittel eines Volkes zur Politik und zwar gerade deshalb, weil es nur für eine ganz bestimmte Handlung Gleichheit schafft, während die Verschiedenheit in der ganzen Fülle aller sozialen und übrigen politischen Faktoren voll zur Geltung kommt. Man muß einem Volke in einem Punkte Gleichheit geben, eine gleiche Pflicht, das ist der Dienst des Volksheeres, und ein gleiches Recht, das ist das Wahlrecht; dann verlieren die trennenden Faktoren des nationalen Lebens ihre Schärfe und verwandeln sich selber in erzieherische Kräfte. Ich kann an dieser Stelle dies nicht für die schon bestehende Erziehungsgemeinschaft ausführen, aber jeder, der das Heer gründlich kennt, weiß, daß die soziale Verschiedenheit in ihm durch

die gleiche Verpflichtung, die sich im Kriege durch die Gleichheit vor dem Feinde wesentlich verstärkt, erziehungskräftig wird. Kräfte, die sonst immer antipädagogisch wirken, wirken im Heere erzieherisch, im Heere haben wir das Urbild des neuen Staates, und in diesem Urbild wird auch das aus seiner alten Stellung ausscheidende Preußen dem deutschen Volke erhalten bleiben können. Mit allen Kräften müssen wir daher bei der gegenwärtigen Verwandlung unseres politischen Zustandes die Beimischung des Pazifismus bekämpfen; denn er würde Preußen wirklich aus der Zukunftsgeschichte unseres Volkes ausscheiden lassen. Und da ich den Pazifismus nur für eine Kriegskrankheit halten möchte, so hoffe ich, daß der Kriegsteilnehmerstaat nach dem Ende des Krieges seinen Geschichtsgang wird antreten können.

Zukunftsideen haben immer etwas Unklares; das wird man auch gegen alle diese Ausführungen sagen. Aber das kann mich nicht entmutigen; denn es ist immer so gewesen. Ebenso verkenne ich nicht, daß alle Revolutionen der Menschheit unter der Obhut eben der Ideen abliefen, die in der betreffenden Revolution absterben; daher müssen auch im gegenwärtigen Kriege die falschen Rechtstaatsbegriffe von der äußeren Politik, wie Selbstbestimmungsrecht oder Friedenswille, und ebenso ihre Gegensätze eine verlogene Rolle spielen. Die Idee ist ja nun einmal, soweit sie sich auf das Historische und Politische bezieht, nur der Papagei der Geschichte.

Der Kriegsteilnehmer und sein Beruf.

Von **Richard Ehrenberg.**

Die tief angelegte uud reiche, fast überreich ausgestaltete Betrachtung Holsten's kann ich hier nur in einzelnen Grundzügen würdigen. Sie enthält, so scheint mir, eine große Wahrheit und eine mit ihr verknüpfte Illusion. Diese Illusion zerstört natürlich nicht die Bedeutung der Wahrheit, wohl aber die einiger aus ihr abgeleiteter Folgerungen. Es ist von Bedeutung für unsere Zukunft, darüber Klarheit zu erlangen.

Die Kriegsteilnahme wirkt sicher weit stärker auf den Kriegsteilnehmer als das bloße Erleben des Krieges auf uns, auf das Volk in der Heimat. Das allen Volksgruppen Gemeinsame kommt ihm unvergleichlich deutlicher zum Bewußtsein. Davon dürfen wir große Wirkungen auch für den Frieden erhoffen. Und diese Wirkungen können nur durch den Staat ausgeübt werden, der seine volkserziehende Aufgabe dem Kriegsteilnehmer zur Vollziehung übertragen wird; denn er ist der Stoff, aus dem der Staat unserer Zukunft sich formen muß.

Wir betrachten, darin hat Holsten ebenfalls Recht: wir betrachten den Kriegsteilnehmer nicht nur deshalb mit Verehrung, weil er sein Leben einsetzt, sondern auch, weil wir von ihm eine durchgreifende Umgestaltung unseres politischen Lebens erwarten. Aber eine Überspannung unserer Erwartungen würde uns den schwersten Enttäuschungen aussetzen und hierdurch die Wirkung jener Volkserziehung ins Gegenteil verwandeln. Deshalb ist es Pflicht, solcher Überspannung zu wehren.

Die Anschauungsweise von Holsten leidet an Konstruktion von Gegensätzen, die es nur in der Idee sind, nicht im Leben. Mili-

tarismus und Imperialismus sind ihm Gegensätze; denn er sagt, daß das Wesen des Kriegsteilnehmers „militaristisch, nicht imperialistisch und daher revolutionär“ sei (letzteres weil der Imperialismus unsere Zeit beherrsche). Er denkt sich den Kriegsteilnehmer völlig losgelöst von seiner Eigenschaft als Berufsmensch des Friedens. Interessengruppen und Parteien sind ihm Gegensätze, weil die „Partei“ ihm aus der Idee erwachsen ist, gleich dem Staate, während die „Gesellschaft“ und der ihr angehörige Begriff des „Interesses“ ihm als etwas nur Körperliches, also Seelenloses erscheint. Deshalb konstruiert er sich einen seelenlosen „Interessenstaat“, im Gegensatz zum „militaristischen Staat, dieser Idee, die unvergänglich ist wie der Glanz der Sonne“. Ihm ist die Vorstellung „unerträglich“, daß „der Aufbau der Berufe die Politik beherrschen will“; aber seine eigene Vorstellung vom Staate verschlingt politisch den ganzen reichgegliederten Organismus der Gesellschaft, wenn er das auch leugnet. Dennoch widerstehe ich der Versuchung, ihm seine Vorwürfe zurückzugeben, zu sagen, seine Vorstellungswelt sei, wegen ihres Schematismus, tot und ertötend. Das ist sie natürlich keineswegs. In ihr steckt ja ein Kern voll Leben und Keimkraft. Nur müssen wir diesen Kern von der Schale zu trennen suchen.

Der Gedankenkreis, dem wir hier gegenüberstehen, wurzelt in einer bestimmten Vorstellung vom Verhältnis des Staates zur „bürgerlichen Gesellschaft“, d. h. zum arbeitsteiligen Organismus des Volkes. Ist es richtig, daß der Staat ursprünglich „die bürgerliche Gesellschaft schlechthin beherrschte, daß diese überhaupt keine Eigenbewegung besaß“? Daß nur der Staat, nicht der arbeitsteilige Organismus des Volkes „aus Ideen geschaffen“ ist? Daß die „Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft von der Macht des Staates“ erst ein Erzeugnis der Neuzeit gewesen ist? Diese Vorstellungen sind, mindestens teilweise, stark verbreitet; aber sind sie richtig?

Der Zustand unbeschränkter Macht der Gesamtheit über ihre Angehörigen war nur in der Familie der Urzeit gegeben; aber damals gab es weder einen „Staat“ noch eine „bürgerliche Gesellschaft“. Schon durch Entstehung der Berufe löst sich aus der Urgemeinschaft ein Kreis von Gebilden los, welche auf dem individualwirtschaftlichen Prinzipe beruhen, auf der Idee, daß „Jeder seines Glückes Schmied ist“, und die doch Organe der bürgerlichen Gesellschaft sind, denen diese ganz bestimmte Funktionen — bürgerliche Gewerbe — übertragen hat, gegen speziellen Entgelt. „Ämter“ hießen die Berufskörperschaften im Mittelalter bei uns in Nieder-

deutschland. Aber „Eigenbewegung“, Selbständigkeit gegenüber der Staatsgewalt hatten die Berufe trotzdem von jeher. Das brachte ihr Organisationsprinzip mit sich, die ihnen zugrunde liegende „Idee“.

Für bestimmte andere Funktionen schuf die bürgerliche Gesellschaft ein anderes organisiertes Organ, die Stadtgemeinde. Ihr Organisationsprinzip war das gleiche, welche die Familiengemeinschaft der Urzeit ausschließlich beherrscht: jeder Bürger hatte als solcher nach seiner Leistungsfähigkeit zu den Leistungen der Stadtgemeinde beizutragen, zum Machtschutz, zum Rechtschutz usw.

So war die bürgerliche Gesellschaft seit ihrer Entstehung beschaffen und so ist sie noch jetzt beschaffen. Sie hat zwei Arten von Organen, überwiegend gemeinwirtschaftliche, überwiegend individualwirtschaftliche Organe. Der Staat ist das höchstentwickelte gemeinwirtschaftliche Organ der bürgerlichen Gesellschaft. Wie sich später die Macht des Staates hin- und hergeschoben hat, in der absoluten Monarchie, in der konstitutionellen Monarchie, darin kann ich keine durchgreifende Veränderung des innersten Wesens dieses Verhältnisses von Staat und Gesellschaft erblicken.

Die Engländer fürchten von den Deutschen eine grundstürzende Änderung dieses Verhältnisses — das ist der Kern ihrer Vorstellung vom deutschen „Militarismus“ —, und Holsten erhofft vom Kriege eine solche „Revolution“. Weder seine Befürchtung noch diese Hoffnung wird sich als begründet erweisen: die Welt kann beide Organisations-Prinzipien nie entbehren; aber eine neue Grenzregulierung zwischen ihnen wird sicher kommen.

Wie ist es nun mit den „Interessen“ und mit dem auf ihm sich aufbauenden „Interessenstaate“, der — scheint mir — nichts anderes ist wie der „Klassenstaat“ der Sozialdemokratie? Das Wort „Interesse“ wird in der Politik meist und so auch hier gebraucht im subjektiven Sinne, als „persönliches Interesse“, als „Klassen- oder Berufs-Interesse“. Es gibt aber eine sonst ebenfalls allgemein übliche objektive Bedeutung des Wortes: das „Interesse der Wissenschaft“, das „Interesse des Staates“, das „Interesse des deutschen Handels“. In der Politik wird meist verkannt, daß unsere Berufsorganisation beide Seiten des Begriffes „Interesse“ miteinander verkuppelt hat: die Wahrnehmung bestimmter für die Gesamtheit wichtiger Interessen ist den einzelnen Berufen übertragen, und sie sind zugleich persönlich dabei interessiert; letzteres ist geschehen,

um eine bessere Wahrnehmung des objektiven Interesses zu erreichen. Inwieweit das gelungen ist, habe ich hier nicht zu untersuchen, da ich es nur mit der Frage zu tun habe, wie das „Interesse“ und der „Interessenstaat“ beschaffen sind, von denen Holsten spricht.

Wenn ein Kaufmann sich über Handelspolitik äußert oder ein General über Heerwesen, so ist das persönliche wirtschaftliche Interesse in letzterem Falle wohl stets ausgeschaltet, in ersterem oft nicht. Aber in beiden Fällen handelt es sich um wichtige sachliche Interessen, um notwendige Lebensfunktionen des Volkes. In beiden Fällen ist also „Interessenvertretung“ erforderlich, womit natürlich nicht gesagt ist, daß Kaufleute allein über Handelspolitik entscheiden sollen, Generäle allein über Landesverteidigung. Das wäre in der Tat ein „Interessenstaat“. Holsten sagt auch nicht, daß wir einen solchen „Interessenstaat“ haben; er sagt aber, daß die „Parteien“ verkleidete Interessengruppen sind, und daß eine Regierung, welche einen Ausgleich zwischen ihnen herbeizuführen sucht, dem höchsten Staatszwecke noch nicht dient; eine aus Interessengruppen gebildete Volksvertretung mit der „inhaltlosen Mittellinie“ des Interessenausgleichs durch die Regierung sei „der lebloseste Staat“, den die Geschichte kennt; er sei „durch und durch unfruchtbar“; er sei vor allem mit dem „Machtstaate“ unvereinbar, weil er (durch heftige innere Interessenkämpfe) die Ausnutzung der Macht lähme; wenn er jetzt noch aufrecht erhalten werde, so sei das nur der Bedeutung zu verdanken, welche überlebte Ideen, wie sie unsere Parteien vertreten, noch immer auf die Gegenwart ausüben.

Es muß versucht werden, in diesem Gedankengange die Wahrheit zu erkennen und die Übertreibung auszuscheiden. Wie ist das Verhältnis von Parteien und Interessengruppen beschaffen? Die Parteien wollen und sollen Prinzipien, „Ideen“ vertreten: die Ideen des Fortschritts, der Freiheit, der Autorität, der Brüderlichkeit, der geistigen Herrschaft des Papstes usw. Holsten glaubt nun, diese Bedeutung der Parteien sei verschlungen worden, seitdem die bürgerliche Gesellschaft, von der Staatsherrschaft befreit, ihrerseits den Staat beherrscht. Auch sonst hört man häufig, die Parteien seien Interessengruppen geworden; Bismarck sei daran schuld. Tatsächlich hat Bismarck sich oft beklagt über die starre Prinzipienreiterei der Parteien, über die öde Herrschaft ihrer Programme, und sein Streben ging unzweifelhaft nach Volksvertretung auf Grund der

Berufsgliederung, während Holsten „eine die Gliederung der Gesellschaft durchschneidende Staatsgliederung" verlangt. Von beiden Seiten wird unser heutiges Parteiwesen als „Lüge" empfunden, weil es die Ideen nur als Masken verwendet, hinter denen sich die Interessenvertretung versteckt.

Tatsächlich sind die Parteien von jeher sowohl Ideenvertretungen wie Interessenvertretungen gewesen. Und zwar nicht nur deshalb, weil jede Interessenvertretung ein bestimmtes Organisationsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft vertritt, die Vertretung von Erwerbsinteressen: das Prinzip, daß „Jeder seines Glückes Schmied ist", die Vertretung von Interessen des Staates (im engeren Sinne): das Prinzip der Solidarität, das gemeinwirtschaftliche Prinzip. Dazu kommt noch eine weitere überaus wichtige Ideenvertretung, die mit der Interessenvertretung der Parteien eng verknüpft ist.

Jede Berufsgruppe vertritt eine besondere Idee, weil ihre besondere Funktion eine bestimmte geistige Struktur hervorbringt. Deshalb hat schon W. H. Riehl vor länger als einem halben Jahrhundert die Gruppierung des Volkes danach gekennzeichnet, ob die Gruppen zu den „Mächten des Beharrens" gehören oder zu den „Mächten der Bewegung". Aber diese Einteilung ist noch zu schematisch und bei weitem nicht tief genug verankert. Das kann hier nicht so nebenbei geschehen. Es ist aber durchaus nötig, damit das Verhältnis von Parteien und Interessengruppen klar ersichtlich werde. Einstweilen muß genügen, darauf hinzuweisen, daß der Handel durch seine Funktion genötigt wird, für freie Bewegung einzutreten, die Landwirtschaft dagegen durch ihre Funktion bodenständig und konservativ gerichtet ist, während der Industrie durch ihre Funktion die Aufgabe gestellt wird, zwischen diesen Gegensätzen zu vermitteln, daß die Bedeutung der Körperkraft für das Volksleben in der Arbeiterschaft ihre gegebene Vertretung findet, dagegen die Bedeutung der Ideen in den freien Berufen. Je mehr die Parteigruppierung sich dieser naturgegebenen Verknüpfung von Interessen und Ideen anpaßt, desto besser ist sie imstande, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Die „Ideen" sind also kein Gegensatz der „Interessen"; vielmehr sind beide miteinander verbunden wie der Geist mit dem Körper, unlösbar verbunden. Zwar stirbt das einzelne Interesse wie der einzelne Körper. Aber alle Arten von Interessen dauern ewig wie alle Ideen, und ihre Verbindung ist ebenfalls ewig: die Idee der freien Bewegung ist unlösbar mit den Interessen des Handels

verbunden, wie die Idee der Gebundenheit mit den Interessen der Landwirtschaft usw.

Das Volksinteresse ist, das ergibt sich hieraus zwingend, nicht losgelöst von den Interessen der einzelnen Volksgruppen, sondern es verhält sich zu ihnen wie das Ganze zu seinen Organen. Das schließt nicht aus, daß es Ideen geben kann, die dem ganzen Volke eigentümlich sind, und damit erst gelange ich zu dem Hauptgegenstande unseres heutigen Gesprächs.

Ich ziehe aus dem bisher Gesagten einstweilen nur den Schluß, daß es nicht richtig sein kann, dem Staate eine Gliederung zu geben, welche „die Gliederung des Volkes durchschneidet"; denn der Staat ist ja nur das Organ oder die Organisation des Volkes für die Verwirklichung bestimmter Ideen oder — was dasselbe ist — für die Wahrnehmung bestimmter Interessen. Die Idee dos Rechtes findet ihre Verwirklichung im Rechtsschutze, die Idee der Volkspersönlichkeit verlangt den Machtschutz. Jede Berufsgruppe hat das Bedürfnis nach Macht- und Rechtschutz. Auch hier ist kein Gegensatz zwischen dem Ganzen und seinen Teilen vorhanden.

Wenn ein solcher Gegensatz scheinbar vorhanden ist, so hat das besondere Ursachen. So bringt die Kurzsichtigkeit des Menschen es oft mit sich, daß im Alltagsleben des Friedens die zeitlich nächsten, „dringendsten" Tagesinteressen das weit wichtigere, aber ferner liegende Interesse nach Schutz der Volkspersönlichkeit gegen äußere Feinde zurückdrängen, Auch der innere Interessenkampf schädigt unzweifelhaft die äußere Machtverwertung. Aber die gleiche Wirkung haben Kämpfe zwischen Ideen, zwischen Weltanschauungen, wenn sie zuweit getrieben werden, und das ist in beiden Fällen immer zu befürchten. Ob ein Volksteil sich für das Ganze hält oder eine Idee sich für allein selig machend, die Wirkung ist die nämliche. Ideen neigen sogar noch stärker zur Ausschließlichkeit als Interessen.

Umgekehrt drängt im Kriege, zumal in einem Kriege wie es der jetzige ist, das vorwaltende Interesse der Kriegführung alle übrigen, wenn auch noch so wichtigen Interessen zurück, weil zuerst das Dasein und die Möglichkeit der Entwicklung gesichert werden muß, ehe diese selbst an die Reihe kommen kann. Aber selbst im Kriege kommt diese beherrschende Bedeutung des Machtschutzes nicht allen Volksteilen in gleicher Weise zum Bewußtsein. Weitaus am stärksten empfindet sie der Kriegsteilnehmer, weil er während des Krieges losgelöst ist von den Berufsinteressen und sonstigen Teilinteressen, die in der Heimat sich oft vordrängen.

Diese „überberufsmäßige Existenz" des Kriegsteilnehmers ist der unmittelbare Ausgangspunkt für Holsten's Betrachtungen. Unzweifelhaft eine gewaltige Tatsache, die ihren Wert behält, ganz unabhängig davon, ob die sonstigen Ausgangspunkte Holsten's richtig gewählt sind oder nicht. Wir brauchen nicht darum zu rechten, ob im Kriegsteilnehmer wirklich der Berufsmensch durchweg so getilgt ist, wie Holsten annimmt. Genug, durch die Kriegsteilnahme ist er dem Berufsgetriebe unmittelbar entzogen, ist dem Kriegsinteresse unmittelbar dienstbar. Dieses Gesamtinteresse des Volkes beherrscht ihn so vollkommen, wie in der Urzeit die Familiengemeinschaft das Leben ihre Angehörigen beherrschte. Das Verhältnis des Kriegsteilnehmers zur Volksgemeinschaft ist ein schlechthin gemeinwirtschaftliches; es wird gekennzeichnet durch die übermächtige Tatsache, daß sein Leben ohne Einschränkung dem Dienste der Volksgemeinschaft geweiht ist. Das Bewußtsein dieser Tatsache hat jeder Kriegsteilnehmer mit allen übrigen gemein. Es wird dadurch „Gemeinbewußtsein". In der Heimat kann es sich so nicht bilden. Die Kriegsnot der Heimat wirkt entgegengesetzt. Schon die einfache, nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache, daß es Produzenten und Konsumenten von Nahrungsmitteln gibt, schädigt das Gemeinbewußtsein der Heimat immer wieder.

Was ist daraus weiter zu folgern? Das Gemeinbewußtsein zu verallgemeinern, nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für die Zeit des Friedens, ist sicher ein Ziel von höchster Bedeutung. Müssen wir, um es zu erreichen, den Aufbau der Berufe beseitigen, also zum „Zukunftsstaat" übergehen? Holsten weist das ab; aber er will den „Interessenstaat stark zurückdrängen" und er gibt Richtlinien dafür an, wie das geschehen kann. Wie der „Staat des Kriegsteilnehmers" ein Staat ist, in dem der Berufsaufbau politisch nichts zu sagen hat, so soll der Staat unserer Zukunft auch nur aufgebaut werden auf dem Gemeinbewußtsein des Staatsbürgers, auf dem Bewußtsein gemeinsamen geschichtlichen Schicksals.

Zu diesem Bewußtsein soll das Volk erzogen werden durch das Beamtentum und durch eine Volksvertretung ohne Abstufung des Wahlrechts. Dieser „pädagogische Staat des Kriegsteilnehmers", dieser „Volksstaat" sei aber nur möglich, wenn er zugleich „Weltstaat" sei, ein Staat mit aktiver äußerer Politik, dessen Grenzen bestimmt werden durch die Geschichtsgemeinschaft, durch das Bewußtsein gemeinsamen geschichtlichen Schicksals, womit aber offenbar nicht gesagt werden soll, daß die Grenzen des bisherigen Staates

auch die Grenzen des künftigen sein müssen; denn Holsten vertritt, im Gegensatz zur Anschauung Bismarck's, Deutschland sei „saturiert“, eine „überdefensive Staatsidee“ im Sinne von „Mitteleuropa“.

In diesem Gedankengange steckt vor allem die tiefe Wahrheit, daß die geschichtliche Erfahrung das beste, vielleicht das einzige Mittel ist, um das Volk zum Gemeinbewußtsein zu erziehen. Eine Erfahrung wie dieser Krieg wirkt sicher auf die Dauer; darin wollen wir (und können wir einstweilen auch) optimistisch denken, auch wegen der Wirkung auf das ganze Volk, nicht nur auf die dünne Oberschicht. Die Aufgabe, die Notwendigkeiten und Erfahrungen des Krieges dem ganzen Volke zum Bewußtsein zu bringen, ist sicher eine der nächsten und wichtigsten Einigungspunkte, nach dem wir alle streben müssen. Ich nehme an, daß alle Parteien in der Tat danach streben. In ihrer Auffassung der Aufgabe gehen sie aber naturgemäß auseinander. Und hier gelange ich zu dem Punkte in dem Gedankengange Holsten's, den ich als Illusion ansehen muß.

Er glaubt, daß die Staatsverfassung einen wesentlichen Einfluß ausüben kann auf die Volkserziehung zum Gemeinbewußtsein: ein über den Parteien stehendes Beamtentum, also keine parlamentarische Regierung, und eine Volksvertretung ohne Abstufung des Wahlrechts. Wir haben beides im Reiche seit einem halben Jahrhundert; wir haben beides nach geschichtlichen Erfahrungen, die so eindringlich waren, daß sie darin nur von dem jetzigen Kriege übertroffen werden können. Wir hatten während des größten Teiles dieser Zeit einen Erzieher zum Gemeinbewußtsein, wie wir ihn nie wieder haben werden. Trotzdem ist unser Gemeinbewußtsein, das in den 70er Jahren noch recht stark war, immer schwächer geworden. Das ist, so wird Holsten mir antworten, durch den „Interessenstaat“ verschuldet worden. Aber sind denn nicht jederzeit einzelne Parteien Träger des Gemeinbewußtseins gewesen, andere nicht? Und wenn das geleugnet wird, wie läßt sich dann die verschiedene Auffassung des Gemeinbewußtseins durch die einzelnen Parteien verhindern? Ein Gemeinbewußtsein, das so verschieden aufgefaßt wird, wie es bei uns nicht nur vor dem Kriege geschah, sondern auch noch mitten im Kriege geschieht, ist das noch imstande, uns zu einigen?

Holsten und ich, wir sind durch keine Interessengegensätze voneinander geschieden. Unsere Auffassungen des Gemeinbewußtseins weichen aber einstweilen noch recht erheblich voneinander

ab; diese Verschiedenheit ist begründet in abweichenden Auffassungen von den geschichtlichen Erfahrungen und der ganzen Art, wie die politische Seele des Volkes arbeitet. Gewiß stehen unsere Anschauungen nicht mehr so weit auseinander, wie es bei einem solchen Gespräche vor dem Kriege sicher der Fall gewesen wäre. Das ist die Wirkung der großen geschichtlichen Erfahrung. Gewiß ist Aussicht auf weitere Annäherung vorhanden, und unser Gespräch dient diesem Zwecke. Auch zwischen Angehörigen verschiedener Berufskreise hat sich im Kriege eine Annäherung vollzogen und wird sich künftig hoffentlich noch mehr vollziehen. Es fragt sich nur, welche Wege zum Ziele führen. Jeder Weg ist natürlich willkommen, der Erfolg verspricht, auch wenn er mit festwurzelnden Anschauungen nicht übereinstimmt; sie müssen nötigenfalls ausgereutet werden.

Die Losungen „das Reich als Volksschule", „das Heer als Erziehungsgemeinschaft" können auf allen Seiten freudig begrüßt werden. Wir haben uns aber erst über den Inhalt dieser Schlagworte zu verständigen.

Und zunächst: welches ist der Inhalt des Gemeinbewußtseins selbst? Der Begriff des „geschichtlichen Schicksals", dem wir uns hingeben, dem wir unbedingt gehorchen sollen, ist zu allgemein gefaßt, als daß wir uns damit begnügen könnten; was bedeutet z. B. der Satz „Politische Parteien, die prinzipiell gegen die Geschichte frondieren, sind unerträglich und staatsfeindlich"? Wir müssen jenem Begriffe einen möglichst scharf begrenzten Inhalt geben. Vor allem also doch: Erhaltung und Entwicklung aller Volkskräfte, die uns soweit gebracht haben, wo wir jetzt halten: unserer Volkszahl, unserer Wehrmacht, unserer Verstandeskultur, unserer Volkswirtschaft; ferner: Entwicklung derjenigen Volkskräfte, die zurückgeblieben oder zurückgegangen sind, unseres Lebensraumes, unserer politischen Bildung, unserer Herzensbildung, der Stetigkeit unseres Lebens, unserer Gesundheit, des Sinnes für Schönheit und Harmonie. Aber vielleicht sind das noch immer zu allgemeine Begriffe. Ich möchte an einigen Beispielen noch deutlicher zeigen, worauf es ankommt.

Wie erreichen wir also z. B. eine Verständigung über die Erhaltung und Entwicklung unseres Offizierkorps? unserer Universitäten? unserer inländischen Landarbeiterschaft? unseres Familienlebens? des Prinzips „Jeder ist seines Glückes Schmied"? Wohl gemerkt: natürlich nur soweit für diese Grundlagen unserer Volkskraft etwa

staatliche Maßnahmen nötig sind! Wäre unser Beamtentum mitsamt einem noch so demokratischen Wahlrechte imstande, unser Gemeinbewußtsein derart auszubilden, daß eine Verständigung über solche Fragen ohne vergiftende politische Kämpfe sich erreichen ließe? Denn darauf kommt es an, daß unser künftiges Gemeinbewußtsein soviel gegenseitiges Vertrauen oder doch soviel gegenseitige Achtung erzeugt, daß die Volksgenossen einander nicht für Lumpen halten, wenn sie verschiedener Meinung sind.

Gibt es irgendwelche geschichtliche Erfahrungen, welche dafür sprechen, daß Holsten's Erwartungen begründet sind? Ich kenne keine.

Auch der Vergleich mit dem „Staate des Kriegsteilnehmers" läßt uns hier im Stich. Jedes Heer beruht auf Unterordnung und Gehorsam. Gewiß ist im heutigen Kriege kein Erfolg denkbar ohne das „Gemeinbewußtsein des Kriegsteilnehmers". Aber es handelt sich hier nicht darum, sondern um das Organisationsprinzip des Heeres; denn Holsten erwartet von einer Organisation des Staates, die völlig verschieden ist von der Heeresorganisation, die Schaffung eines Gemeinbewußtseins. Es ist nicht abzusehen, was ihn dazu berechtigt.

Etwas ganz anderes ist es mit dem Gedanken der Erziehung, der im Heere lebt, und den Holsten zum Grundprinzip des Staates erheben will. Mit Recht sagt er: „Geistige Inhalte kommen nicht von der Verfassung, sondern allein von der lebendigen Wirklichkeit des Ganzen." Das Erziehungsprinzip kann also doch wohl nicht durch die Verfassung zur lebendigen Wirklichkeit werden. Hier widerspricht Holsten sich selbst, was die Leuchtkraft seines Kerngedankens stark verschleiert.

In der Tat ist es der im Heer lebende Erziehungsgedanke, wodurch es in seinen Angehörigen jenes Gemeinbewußtsein erzeugt, das den „Staat des Kriegsteilnehmers" auszeichnet. Holsten zeigt sehr schön, wie eng er verknüpft ist mit dem Organisationsprinzip des Heeres; er ist die andere Hälfte der Disziplin. Der Erziehungsgedanke, darin stimme ich vollkommen mit Holsten überein, muß in der ganzen bürgerlichen Gesellschaft, und so auch ganz besonders im Staate weit lebendiger werden. Schon jetzt verdankt jede menschliche Gemeinschaft, wenn sie Erfolg hat, dies dem Erziehungsgedanken, der in ihr lebt, und umgekehrt wird ihr Mißerfolg durch das Versagen des Erziehungsgedankens verschuldet. So die Familie, die Kirche, das Heer, der Staat, der Beruf, die Wissenschaft. Nur

ist der Erziehungsgedanke in jeder dieser Gemeinschaften, ihrem besonderen Charakter gemäß, auch besonders geartet. Die Familie erzieht durch Liebe, die Kirche durch den Glauben, das Heer durch Gehorsam, die Wissenschaft durch Suchen nach Wahrheit, der Beruf durch Arbeit. So muß auch der Staat seine Erziehung der Idee anpassen, die in ihm lebt.

Hier müssen wir zunächst noch einen Blick rückwärts werfen auf das „Interesse". Was soeben die „Idee" genannt wurde, die in der einzelnen Art menschlicher Gemeinschaften lebt, das ist ja nichts anderes wie ihr „Interesse". Das Interesse, welches die Gemeinschaft mit ihren Angehörigen verknüpft, und das sie dann auch nach außen vertritt. Holsten spricht immer nur vom Berufsinteresse, und auch ich will von ihm zuerst sprechen.

Ich sagte: der Beruf erzieht seine Angehörigen durch die Berufsarbeit. Soweit der Beruf zugleich Erwerbswirtschaft ist, besteht sein Interesse darin, seine Angehörigen zu tüchtigen Leistungen anzuspornen durch den Trieb vorwärts zu kommen; das sachliche Interesse des Berufs ist hier, wie früher gezeigt, aufs engste mit dem persönlichen verknüpft. Wenn dieses Interesse nach außen vertreten wird, ist die gleiche Verknüpfung vorhanden. Je besser die Interessenvertretung es versteht, für ihren Beruf zu wirken, desto mehr kann diese für die Gesamtheit leisten. Schutzzölle z. B. dienen ja nicht etwa zur Bereicherung derjenigen, welchen sie unmittelbar zugute kommen; ihr eigentlicher Zweck liegt vielmehr in der Erziehung zu höheren Leistungen, was wir bei der Landwirtschaft jetzt im Kriege endlich erkannt haben.

Bei anderen menschlichen Gemeinschaften ist das Interesse und damit auch dessen Wirkung eine andere. Die Familie sucht durch Liebe bei ihren Angehörigen Liebe zu erzeugen; aber Familienliebe ist eben auch nichts anderes wie „Interesse an der Familie". Wenn die Familie dauern und ihre Aufgaben lösen soll, so muß sie weit mehr Interesse für sich zu wecken wissen als gegenwärtig geschieht, sowohl bei Eltern wie bei Kindern. Das gleiche gilt von der Kirche, nur daß hier das Mittel der Erziehung wieder ein anderes ist wie beim Beruf und bei der Familie. Weitere Ausführungen sind wohl überflüssig, da das Sachverhältnis hinreichend geklärt sein wird.

Welches ist nun das Lebensprinzip, die „Idee" des Staates, sein Lebensinteresse, das ihn mit seinen Angehörigen verknüpft, das er bei diesen zum „Gemeinbewußtsein" erheben muß? Die Ansichten darüber haben im Laufe der Geschichte gewechselt, und auch jetzt

noch sind sie geteilt. Die Worte „Machtstaat“, „Rechtsstaat“, „Wohlfahrtsstaat“, „Kulturstaat“ bezeichnen ja verschiedene Auffassungen von dem vorwaltenden Wesen des Staates; Holsten spricht auch vom „Erziehungsstaat“, womit aber keine kennzeichnende Eigentümlichkeit des Staates ausgedrückt ist.

Holsten hat als Kriegsteilnehmer das vorwaltende Wesen des Staates richtig erkannt. Das geht klar hervor aus dem Vorrang, den er der äußeren Politik vor der inneren zugesteht. Der Staat ist in der Tat vor allem eine M a c h t g e m e i n s c h a f t. T r e i t s c h k e hat uns das ja längst gelehrt, und wir hätten es alle auch längst erkennen müssen, wir Zeitgenossen und Epigonen Bismarck's. Aber die ganze Welt mußte sich gegen uns in Waffen erheben, um uns diese einfache Wahrheit einzuprägen. Und selbst jetzt scheinen weite Volkskreise in der Heimat noch eine andere Anschauung vom Staate zu haben.

Der B e r u f u n s e r e r K r i e g s t e i l n e h m e r ist es, dem deutschen Volke und den mit ihm verbündeten Völkern die Lehre unverlierbar einzubrennen, daß der Staat vor allem Macht ist, daß wir mit unseren Bundesgenossen in Mitteleuropa eine Macht aufrichten müssen, die eine Wiederholung dieses Krieges ausschließt. Das ist das Gemeinbewußtsein, das der Kriegsteilnehmer seinem Volke zu schaffen hat. Gelingt ihm das, so dürfen wir alles Weitere getrost der Zukunft überlassen.

Der deutsche Machtwille ist kein Gegensatz des deutschen Kulturwillens, vielmehr ist er nur dessen unentbehrliche Ergänzung. Je wertvoller die deutsche Volkspersönlichkeit ist für die Entwicklung der ganzen Menschheit, um so mehr bedarf sie des Schutzes durch eine entsprechende Staatsmacht.

Damit ist eine bedeutsame Richtlinie für die Einigung zwischen Jungen und Alten erreicht, und wir können dieses Gespräch einstweilen schließen.

Die Sachverständigen.

Ein Antisokratikum.

Von einem Jungen.

Der Geist des Sokrates geht um. An jeder Straßenecke sammelt ein politischer Weiser sein Publikum um sich und erklärt ihm, daß es so nicht weiter gehe. Das Parlamentswesen, gewöhnlich kurzweg der Reichstag, habe versagt; es verlange das Unmögliche, daß jeder sein Urteil über Dinge abgebe, von denen er „nichts wisse" und von deren Gesamtheit er als einzelner überhaupt unmöglich etwas wissen könne. Und die Menge geht auseinander; aber zum Unterschied vom alten Athen fühlt sich, wie es scheint, jeder „Schuster", „Arzt" und „Steuermann" hochbefriedigt, daß ihm von Philosophie wegen seine fachmännische Unfehlbarkeit bescheinigt worden ist, und es scheint ihn wenig zu scheren, daß ihm mittlerweile ganz harmlos ein anderes Besitztum, auf das er sonst ebenfalls einen gewissen Wert legte, aus der Tasche wegeskamotiert ist, nämlich nichts Geringeres als — der gesunde Menschenverstand.

Dabei liegt die Sache in den kleinen und nach heutigen Begriffen verhältnismäßig unentfalteten Gebilden solch antiker Stadtstaaten noch wesentlich anders als in dem hochentwickelten Gliederbau eines heutigen Großstaats. Wenn dort, einfach durch die kleine Zahl der Staatsteilnehmer, ohne weiteres der auf dem Markt abstimmende insbesondere durch das System der Beamtenauslosung auch der im Amtszimmer tätige Bürger war, so sind wir heute von solchen Verhältnissen weit entfernt. Die „Agora" der öffentlichen Meinung und der staatswirksame Niederschlag ihrer Kräfte, die

Volksvertretung, sind eigene Organe, sozusagen Behörden von eigenem Wirkungskreise und eigener Aufgabe geworden. Welches ist diese Aufgabe?

Sie ist leicht abzugrenzen. Nämlich sie ist keinesfalls die einer sachverständigen Beurteilung. Wäre sie das, so würde allerdings schwer einzusehen sein, warum sich der Staat den Zeit- und Geldaufwand eines Parlaments auferlegte. Denn für solche sachverständige Beurteilung ist auch ohne die Volksvertretung reichlich gesorgt. Sie wäre dann eine reine Verdoppelung. Man sei sich doch einmal klar, wie ein Gesetz entsteht. Ein Bedürfnis macht sich geltend. Es findet Ausdruck, unfachmännischen sehr häufig; Fachleute sind dann doch meistens die ersten, die Vorschläge zur Abhilfe tun. Die Vorschläge verdichten sich zu Denkschriften, ein Fachministerium nimmt Kenntnis davon und gibt die Angelegenheit einer ebenfalls fachlichen Unterstelle zur Bearbeitung. Hier entsteht der Gesetzesentwurf. Er geht nun sehr häufig erst wieder zur Begutachtung an die Fachvertretungskörper, bisweilen auch an einzelne als Fachleute angesehene Persönlichkeiten, dann wieder zurück ins Ministerium, wird gegebenenfalls umgearbeitet, nimmt dann seinen Weg durchs Gesamtministerium und dessen verschiedene Ressortbedenken und gelangt so, man muß schon sagen: fachlich bis zum äußersten durchgearbeitet, als Regierungsvorlage an die Volksvertretung. Soll diese jetzt der zehnfachen Sachverständigkeit noch eine elfte hinzufügen? Sie wird es unter Umständen tun. Sie wird ihre eigenen Fachleute als Kommission mit der Sache beschäftigen; aber was dann? Mit der Kommission sind alle Möglichkeiten, das Sachverständnis zur Geltung zu bringen, erschöpft. Was nun bleibt, kann nicht mehr Aufgabe des Sachverständnisses sein. Jetzt muß eine andere Macht zu Worte kommen.

Diese Macht aber ist — das Sachunverständnis, der gesunde Menschen- oder wenn man lieber will: der gesunde Bürgerverstand. Man nehme einmal den Fall eines Schulgesetzes. Gewiß wird es durch die Hände der Lehrer und ihrer Fachzeitschriften und Berufsgenossenschaften gehen müssen, und die pädagogischen Sachverständigen, die dem Kultusministerium reichlich zur Verfügung stehen, werden ihren gewichtigen Einfluß ausüben und sollen es. Aber man stelle sich vor, damit wären die Stimmen, die laut werden dürften, erschöpft. Man bekäme etwas ganz Entsetzliches: ein Schulgesetz, gemacht von Lehrern. Hier setzt die Aufgabe des Volksvertretungskörpers ein, sei es, daß sie noch wirklich zu leisten ist, sei es, daß

schon das Gefühl seines Daseins genügt, um auf die Ausarbeiter des Gesetzes entsprechend einzuwirken. In der Volksvertretung wird das Gesetz zuguterletzt oder wenigstens vorletzt einem Gericht von Schülervätern und gewesenen Schülern unterzogen. Lehrer sind stets nur einige, Schüler alle. Und in dieser seiner Eigenschaft, „alle“ zu sein, die das Volk jeder Einzelfrage gegenüber hat, sitzt das Volk in der Volksvertretung und nimmt an oder verwirft. Hier bricht sich die Allmacht des Fachverstandes. Er hat sein Werk getan und hat es, eben als Fachverstand, notwendigerweise, gerade wenn er es gut getan hat, zu gut getan; er hat, weil er selber ganz im Fach lebt und von Gottes und Rechts wegen leben soll, den Blick dafür verloren, daß das Fach nur ein Fach, daß die verstandene Sache nur eine Sache ist und nicht das Ganze. Diese letzte, aber entscheidende Korrektur an dem blinden Enthusiasmus des Fachverstandes vorzunehmen, ist die Aufgabe des fachblinden, aber übrigens helläugigen Durchschnittsverstandes.

Es ist also geradezu wünschenswert, daß die Volksvertretung diesen „gut durchschnittlichen“ Verstand darstelle. Ein Parlament von „Elite-Menschen“ mag dem Leser der Stenogramme einen hohen ästhetischen Reiz gewähren. Etwas leisten könnte es höchstens in ganz außerordentlichen Augenblicken des Staatslebens, nämlich dann, wenn die übrigen Organe versagen, also eigentlich nur in Zeiten von Staatsgründungen oder gewaltsamen Umwälzungen, wo das Parlament ganz von selber gleichzeitig die Geschäfte aller Behörden übernimmt. Aber für den Normalverlauf des Staatslebens ist ein solches Parlament nach Art der Paulskirche durchaus nicht zu wünschen, mindestens nicht allein. Mindestens neben einem solchen Parlament müßte dann noch das Parlament des gesunden Durchschnittes stehen. Es ist gerade die letzte entscheidende Probe auf den praktischen Wert eines politischen Gedankens, ob er die Fähigkeit in sich trägt, auch dem Volksdurchschnitt „plausibel“ gemacht zu werden. Sonst mag er sehr schön und gescheit sein, aber er ist entweder überhaupt oder für dieses Volk dieser Zeit nicht verwirklichenswert. Der Schulfall, an dem man heute bei uns die Unzulänglichkeit des Parlamentarismus aufzuweisen pflegt, Bismarck's Konflikt mit dem preußischen Abgeordnetenhaus in den sechziger Jahren, muß ganz anders angesehen werden, als es gewöhnlich geschieht. Bismarck selbst hat seinen Gegnern später das Zeugnis ausgestellt, daß sie von ihrem Standpunkt aus gar nicht anders handeln konnten; sie hätten ja nicht wissen und er nicht sagen

sagen können, wohin der Weg gehe. Sie haben tatsächlich so gehandelt, wie es ihre Pflicht war; sie waren nicht dazu bestellt, letzte weltgeschichtliche und heroenpsychologische Einsichten zu haben und zu betätigen, sondern den volkstümlichen, d. h. den volksverständlichen Charakter der Politik fordern. Letzthin ist es ja damals überhaupt Bismarck's Absicht gewesen, die Frage des Verhältnisses von Regierung und Volksvertretung grundsätzlich zur Entscheidung zu bringen, und aus diesem Grund hat er den Konflikt „überstürzt“, ihn über seine sachliche Grundlage weit hinausgetrieben, so daß er eigentlich nur die Gegnerschaft fand, die er selber wollte. Daß es, wenn solche unsachlichen allgemeinen Gründe nicht vorliegen, auch anders geht, das hat die Tirpitz'sche Flottenpolitik seit den neunziger Jahren mit ihrer meisterhaften volkstümlichen Agitation bewiesen; hätte man einen „Konflikt“ à la Bismarck haben wollen, so hätte man ihn leicht haben können. Aber man wollte ein einverstandenes Volk, und da die Sache im höchsten weltgeschichtlichen Sinn „an der Zeit“ war, so konnte man es bebekommen und bekam es.

Aus der Notwendigkeit des Sachunverständnisses ergibt sich nun das Wahlverfahren. Es darf vor allem den Abgeordneten nicht offiziell und eingestandenermaßen zum Vertreter von Standesinteressen machen. Gebe man diesen Standesinteressen so viel eigene Vertretungen in Berufskammern, wie man will, und gebe man diesen Handels-, Handwerks-, Landwirtschafts-, Arbeiter- usw. Kammern so viel Rechte gutachtlicher Art, wie irgend tunlich ist; aber die Volksvertretung muß ihre Eigentümlichkeit behalten; sie darf nicht einfach ein vereinigter Berufstag sein. Auch alle künstliche Hervorarbeitung der persönlichen Eigenschaften des Wählers im Wahlrecht sind meist nur Spielerei. Was soll es, dem durch einen akademischen Grad charakterisierten „Gebildeten“ eine zweite Stimme zu geben: entweder er ist fähig, eben durch seine Bildung, seinem politischen Standpunkt innerhalb des Kreises seiner Wirksamkeit so viel Anhänger zu werben, daß die staatlich ihm gewährte eine Zusatzstimme dagegen nur eine Lächerlichkeit ist; oder er ist unfähig und dann hat der Staat kein Interesse daran, die Unfähigkeit von Staats wegen zu stärken. Ähnlich liegt es mit den anderen möglichen Gründen für Pluralstimmrecht, selbst mit der Kinderzahl, die ja gleichfalls schon ohne staatliche Unterstützung erhöhten Einfluß bedeutet, und selbst mit dem an sich bestechendsten Grund der Kriegsteilnehmerschaft oder Kriegsauszeichnung. Überall wird der

Grund der Pluralstimme auch ohnehin einen Grund für politischen Einfluß darstellen; der Mann mit dem Eisernen Kreuz wird an seinem Stammtisch auch so schon ein lauteres Wort führen als der ohne. Der Staat aber kann sich mit gutem Gewissen darauf beschränken, dieses ganze Gewebe von Einflüssen an seinem natürlichen Endergebnis zu fassen, an der einen Wahlstimme des einen Bürgers; die hineinmündenden Einflüsse faßt er da ohne weiteres mit.

Und etwas anderes als diesen Durchschnitt darf er gar nicht fassen wollen. Es ist eigentlich schwer begreiflich, warum die Leute, welche die gewählte Volksvertretung wegen ihres unzureichenden Durchschnittsverstandes schmähen, dennoch gewöhnlich Anhänger der monarchischen Regierungsform sind. Ganz die gleichen Gründe, die sie gegen jene ins Feld führen, sprechen auch gegen diese. Warum verlangt man denn nicht die Wahl des „Tüchtigsten“, „Weisesten“ usw., sondern ist zufrieden mit dem König, den der „Zufall der Geburt“ dem Volke gibt? Und warum erhalten unsere Könige, statt daß man sie zu möglichst universellen Vielfächermenschen erzieht, die Erziehung eines — Leutnants, dem Gelegenheit gegeben wird, einige Semester Jura zu hören? Es geschieht aus dem gleichen Grund, aus dem die letzte Entscheidung, die dem Volk als Masse zusteht, vom geraden Menschenverstand dieser Masse und nicht vom einseitig entwickelten Fachverstand der Verständigen eingefordert wird. Auch der König, dem jene letzten Entscheidungen, die der Staat nur in dem ungebrochenen Willen einer einzelnen Person fällen kann, zustehen, auch er darf kein verrannter Klügler sein, sondern eine einfache, schlichte, offene Menschen- und Mannsnatur, der nur eingeht, was eben einer derartigen Natur eingänglich zu machen ist; gerade und nur dann wird er leisten, was er soll.

Die Philosophie ist eine gute Sache, aber es wäre ein Unglück, wenn die Philosophen Könige würden — und das wäre sozusagen erfüllt, wenn wir Fachparlamente statt eines Volksparlaments hätten. Genau wie es trotz Friedrichs ein Unglück sein würde, wenn die Könige Philosophen wären; denn Friedrichs heroischer Dämon saugte zwar Nahrung aus seiner Philosophie oder glaubte es wenigstens zu tun, aber im königlichen Amt handelte der Philosoph von Sanssouci gerade in den Dingen, wo man von einem Philosophen „Philosophie“ erwarten würde, im wesentlichen kaum anders als sein Vater, der bekanntlich kein Philosoph war, aber ein Mann von hervorragendem — gesundem Menschenverstand.

Der gesunde Menschenverstand in der Volksvertretung.

Von einem Alten.

Das ist wirklich einmal wieder eine neue, originelle und dabei sehr geschickte, aufwärtsführende Verteidigung des Gedankens der „Volksvertretung“ im Sinne einer Vertretung des „ganzen Volkes“. Wenn die Frage so gestellt wird — hie Fachverstand, hie gesunder Menschenverstand —, dann muß sich jeder auf letztere Seite stellen, natürlich. Wir bedürfen ja in der Volksvertretung unbedingt des denkbar höchsten Maßes jener trefflichen Eigenschaften, welche man als „gesunden Menschenverstand“ zu bezeichnen pflegt. Ohne ihn kann kein menschliches Tun gedeihen, geschweige denn ein so bedeutsames und zugleich schwieriges wie die Politik. Aber ist die Frage schon ganz richtig gestellt?

Was ist „gesunder Menschenverstand“? Man pflegt den Ausdruck zu verwenden zur Bezeichnung einer Art des Denkens, und zwar bezeichnet man damit das Denken des täglichen Lebens, als Gegensatz zum Denken der Wissenschaft, das hausbackene, bürgerliche, etwas spießbürgerliche Denken als Gegensatz zum idealistischen Denken, das Denken im Dienste von Zwecken als Gegensatz des Denkens im Dienste von Normen. So hat man z. B. das Thema „Jurisprudenz und gesunder Menschenverstand“ erörtert. Offenbar hat der Begriff manche verschiedene Seiten, und so dürfen wir uns nicht darüber wundern, daß es hier anders gefaßt ist, wie es in der Regel geschieht, nämlich als Gegensatz des Fachverstands.

Das „Volk“ so hören wir, denkt und urteilt anders, als die Sachverständigen. Wenn diese gehört sind. so muß das Volk durch

seine Vertreter seine Angelegenheiten erörtern und die Entscheidung fällen. Die „Sachverständigen" sind nicht „das Volk". Ein glücklich gewähltes Beispiel veranschaulicht das: ein Schulgesetz, gemacht von Lehrern, wäre etwas Entsetzliches. Lehrer sind stets nur einige, Schüler alle. In der Volksvertretung wird das Gesetz zuguterletzt einem Gericht von Schülervätern und gewesenen Schülern vorgelegt; sie entscheiden nach ihrem fachblinden, aber im übrigen helläugigen Durchschnittsverstand. Ja, wenn sie das täten!

Es ist richtig, daß der Fachmann anders denkt als „der Mann auf der Straße", der Produzent anders als der Konsument. Gewiß: „man muß sie hören alle beide". Aber wo mehr „gesunder Menschenverstand" ist, das ist damit noch nicht gesagt, und ebensowenig, ob er wirklich der Gegensatz des Fachverstands ist. Was sagt die Erfahrung?

Vorwärtsführende Gedanken können in allen Volkskreisen wachsen; es ist wahrlich notwendig, sie überall sorgsam zu pflegen, ihre Entwicklung zu fördern, wofür bei uns lange nicht genug geschieht; die Trägheit des Alltags, die „Routine", hat oft gar zu viel Macht. Aber die praktische Ausgestaltung solcher Gedanken ist ohne Fachverstand unmöglich, und auch er hat keineswegs soviel Einfluß, wie mein junger Freund meint. Fachverstand und Routine sind ja nicht dasselbe; jener ist das höhere Stockwerk oder richtiger: diese ist der entartete, versteinerte Fachverstand. Wir haben nicht zu viel, sondern zu wenig Fachverstand in der Politik. Sein Einfluß ist in Gesetzgebung und Verwaltung lange nicht so stark wie derjenige der Juristen, die nach dem bekannten Spottgedichte bei uns alles können sollen, weil sie keine Fachleute sind. Nächst den Juristen haben den größten Einfluß die Parteiführer, die auch meist nicht nach sozialen Zwecken denken, sondern nach Parteinormen. Beides ist so oft beklagt worden, daß man unmöglich ohne weiteres das Gegenteil für wahr halten kann.

Die Paulskirche war gewiß kein Parlament von Fachleuten, sondern von ideal gerichteten Parteileuten, die geistig hochstanden, aber wenig gesunden Menschenverstand hatten und daher wenig zustande brachten. Die Reichstage zur Zeit Bismarck's hatten weniger Idealismus, aber mehr gesunden Menschenverstand; sie waren sehr leistungsfähig, zumal der Partei-Doktrinarismus immer wieder von der überlegenen Staatsweisheit und Staatskunst Bismarck's mattgesetzt wurde. Wir haben nie ein „weiseres" Parlament gehabt als in jener Zeit; alle Hauptgebiete hatten im Reichstage hervorragende Fachvertreter. Seitdem hat der Parteigeist

sich immer mehr im Reichstage entwickelt; der Fachverstand ist immer mehr in ihm zurückgegangen; ist das dem gesunden Menschenverstand zugute gekommen? Ist der Reichstag dadurch leistungsfähiger geworden als zur Zeit Bismarck's? Die Parteiprogramme werden von den einzelnen Volksgruppen angewendet, um ihre Anschauungen in Rechtsnormen zu verwandeln, deren Übertretung mit harten Strafen bedroht ist; die Parteiprogramme sind Strafgesetze, die Parteiführer unfehlbare Richter geworden, welche über Beobachtung dieser Gesetze mit peinlichster Sorgfalt wachen und durch die Parteipresse ihre Anhänger von dem Einflusse anderer Anschauungen absperren.

Fachverstand und gesunder Menschenverstand sind keine Gegensätze. Vielmehr ist der Fachverstand nur der spezialisierte gesunde Menschenverstand. Das zeigt sich am deutlichsten im Erwerbsleben. Unsere Produktions-Ordnung hat dort das Zweckbewußtsein ganz besonders gestärkt, indem es den Lohn des wirtschaftlichen Unternehmers abhängig gemacht hat von seinen Leistungen. Wo es keinen Unternehmerlohn gibt, wo der Fachverstand nicht vom wirtschaftlichen Selbstinteresse, sondern nur vom Pflichtgefühl geleitet wird, beim Beamten, namentlich beim öffentlichen Beamten, sind Normen unerläßlich, Paragraphen, als Grundlage für die Wahrnehmung des Gemeinwohls. Hierfür fehlt eben das hochentwickelte Zweckbewußtsein des Unternehmers. Normen schädigen geradezu das Zweckbewußtsein; denn sie veranlassen schematisches Verfahren, während doch das Leben aus lauter einzelnen stark differenzierten Tatbeständen sich zusammensetzt, also ungleiche Behandlung dem Zweckbewußtsein entspricht. Der gesunde Menschenverstand verlangt daher möglichst viel Freiheit des Handelns. Wo diese zur Raubwirtschaft führt, sind freilich Normen oft unerläßlich. Aber wo umgekehrt die Norm nicht nur Grenze des Handelns ist, sondern dieses entscheidend bestimmt, da leidet der gesunde Menschenverstand zu leicht Schiffbruch, sowohl in der Verwaltung wie der Gesetzgebung, mag die Norm nun eine Rechtsnorm sein oder eine Parteinorm. Das Handeln nach der Norm „fiat justitia, pereat mundus“ widerspricht dem gesunden Menschenverstande.

Auch der nicht spezialisierte gesunde Menschenverstand hat große Bedeutung. Der Fachverstand, wenn er nicht vom wirtschaftlichen Selbstinteresse geleitet wird, führt zwar nicht leicht zur Raubwirtschaft wie das Erwerbsprinzip, wohl aber zur „bornierten Routine“, die schon aus Bequemlichkeit am Hergebrachten festhält, überhaupt

zu einer Fesselung des Fortschritts. Schematismus und Routine, diese jedem Beamtentum leicht anhaftenden Krankheiten, sind üble Geschwister. Ihnen gegenüber ist es um so notwendiger, daß in der Volksvertretung recht viel gesunder Menschenverstand vorhanden ist, sowohl nicht spezialisierter wie auch spezialisierter und durch das wirtschaftliche Selbstinteresse angespornter gesunder Menschenverstand. Deshalb müssen in der Volksvertretung alle Volkskreise vertreten sein und zwar nach Möglichkeit in solcher Stärke, wie sie ihrer Bedeutung für das Volksleben entspricht.

Gerade das ist nun, soweit die bisherigen Erfahrungen reichen, immer weniger der Fall, je mehr die Volksvertretung demokratisiert wird. Dadurch erlangen ja in der Wahlbewegung ganz andere Eigenschaften ausschlaggebende Bedeutung, Eigenschaften, welche den Schematismus und die Leidenschaft der Parteinorm züchten und die hierdurch dem gesunden Menschenverstand den Zutritt zur Volksvertretung sehr erschweren. Vielleicht läßt sich aber diese schlimme Wirkung der Demokratisierung mäßigen, worauf manche Erfahrungen deuten.

Wo der gesunde Menschenverstand zunächst in irgendwelchen Organen der Selbstverwaltung zur öffentlichen Wirksamkeit erzogen und erprobt wird, wo die Volksvertretung die oberste Stufe, der Ausschuß der Selbstverwaltung ist, da verfügt sie über genug gesunden Menschenverstand. Wenn es auf solche Weise gelingt, die Gefahren der Demokratie auszuschalten, dann wird diese mit unseren Staatseinrichtungen verwachsen, wird sie auf wertvolle Weise ergänzen und selbst erhalten bleiben, sonst aber gewiß nicht.

Es fragt sich, ob die politische, die kommunale Selbstverwaltung dazu imstande ist, oder ob man dazu die Selbstverwaltung der Berufe verwenden muß, wie Bismarck gewollt hat. Vielleicht beides. Die Kommunal-Selbstverwaltung wird es nur dann leisten können, wenn sie sich genügend frei hält von der Herrschaft der Parteinormen, und wenn in ihr alle Volkskreise genügend vertreten sind. Das ist kaum zu erhoffen. Es steht dem noch anderes entgegen, vor allem die jetzt so hoch entwickelte Arbeitsteilung, die es gerade den wertvollsten Bürgern so überaus erschwert, in der Selbstverwaltung zu arbeiten, weil sie schon in ihrem Berufe überlastet sind. Wir haben noch ein zu schwach entwickeltes Patriziat, das sich von den Mühen der Berufsarbeit schon soweit frei macht, um ehren-

amtlich viel leisten zu können. Unser Erwerbsleben verschlingt zuviel Kraft. In den verschiedenen Berufsorganen, den „Kammern", „Verbänden", „Berufsgenossenschaften", sind die leistungsfähigsten Elemente, die das Vertrauen ihrer Berufsgenossen haben, eher imstande mitzuarbeiten, weil sie ihrem Berufe näher liegen. Diese „Interessenvertretungen" sind nicht nur Vertretungen persönlicher, sondern vor allem Vertretungen sachlicher Interessen, deren Wahrung den einzelnen Berufen anvertraut ist. Es ist auch durchaus möglich und notwendig, diese sachliche Berufsvertretung gegenüber der persönlichen zu stärken, etwa wie es bei den freien Berufen, in den Ärztekammern und ähnlichen Organen schon geschehen ist. Aber ganz ausschalten wird und soll man das persönliche wirtschaftliche Interesse nicht. Unsere Produktionsordnung hat nun einmal dieses mit dem sachlichen Interesse in weitem Umfange verknüpft. Die persönlichen Interessen drängen aber in den Berufsvertretungen, soweit die Erfahrung reicht, bei uns nie besonders hervor. Leute, die ihre persönlichen Interessen auf Kosten der sachlichen Berufsinteressen fördern, würden nicht lange Berufsvertreter bleiben.

Die Berufsvertretungen haben sich im ganzen als fähig erwiesen, den schädlichen Wirkungen des Parteiwesens zu widerstehen. Die Berufsvertretung verlangt ja vor allem Zweckbewußtsein, gesunden Menschenverstand. Da es sich hier immer um einzelne scharf begrenzte Fragen handelt, nimmt die Massensuggestion im Kreise der Berufsgenossen das sachkundige Urteil nicht so leicht gefangen.

Die Berufsvertretungen sind gut geeignet für die Aufgabe, die persönlichen Interessen mit dem öffentlichen Wohl zu versöhnen und eine erziehliche Wirkung in dieser Richtung auszuüben. Das bringt die Stellung der Berufe mit sich, die mitten darin stehen zwischen der Gesamtheit, deren Organe sie sind, und den Einzelnen, den Einheiten, aus denen sie sich zusammensetzen. Sie müssen nur einen amtlichen Charakter erlangen, damit sie ihre erziehlichen Aufgaben im Dienste des Gemeinwohls besser lösen können.

Eine Volksvertretung, welche — um mit Bismarck zu sprechen — Vertreter aller lebendigen Volkskräfte enthält, wäre sicher volkstümlicher, also auch geeigneter, mehr Fühlung zwischen Staat und und Volk herzustellen, als eine Volksvertretung, welche bedeutsame Volksteile unvertreten läßt. Sie würde auch mehr gesunden Menschenverstand enthalten. Es wäre gewiß ein Unglück, „wenn

die Philosophen Könige würden“; aber ein solches Unglück würde am sichersten gerade durch ein „Fachparlament“ ausgeschlossen werden können. Ein solches Parlament würde nur wenige „verrannte Klügler“ zu Volksvertretern machen, auch wenige leidenschaftliche oder intrigante Parteileute, aber desto mehr „einfache, schlichte, offene Menschen- und Mannes-Naturen“. Damit könnten also sowohl Junge wie Alte wohl zufrieden sein.

Internationale Verständigung und nationales Dasein.

Ein Gespräch.

I. Eine „Weltzeitung“?

Woran leidet die Menschheit im Weltkriege am schwersten? Welche Wunden werden am langsamsten heilen? Sind es die Milliarden Kapitalverluste? Sie können durch Menschenkraft mit den heutigen Produktionsmitteln weit früher ersetzt werden als nach dem Dreißigjährigen Kriege. Sind es die Millionen der Gefallenen und Verwundeten? Es wächst das Gras auf den Gräbern, und junge Menschenkraft wächst nach; die Verwundeten suchen mit Hilfe der Gesamtheit sich ein neues Leben aufzubauen. Die furchtbaren Einbußen an Sittlichkeit, an Rechtsgefühl? Der Krieg schafft auch neue sittliche Grundlagen, mächtige sittliche Antriebe. Eine Zeit rastloser sittlicher Arbeit wird kommen. Die Früchte können nicht ausbleiben.

Nach anderer Richtung gehen die schwersten Sorgen der Denkenden. Die tiefe Zerklüftung der Menschheit, wie läßt sie sich überwinden? Wir erleben ja einen neuen Turmbau von Babel. Riesengroß wächst es in die Wolken, dieses Gebäude der Schandtaten, der Lügen, des Hasses. Was schlimmer ist: die Grundmauern senken sich tief in die Herzen und Köpfe. Wann und wie werden sie zu tilgen sein? Was hat die Menschenliebe, was die Religion geleistet gegenüber so maßlosem Verderben? Was können sie leisten? Die Menschenliebe ist ein Schatten geworden: jedes Volk

liebt nur sich selbst. Sogar die weltbürgerlich gesinnten Deutschen müssen so empfinden, so handeln. Und die Religion? Auch sie ist in ihren Tiefen gespalten.

Und doch glimmt tief im Innern der Menschheit, in allen Völkern, in unzähligen Seelen das Feuer des Friedensbedürfnisses weiter, des Bedürfnisses nach einem dauerhaften Frieden. Von Zeit zu Zeit steigt aus dieser Glut ein Funken auf, der Kunde gibt von der Anstrengung des Nachdenkens über die Möglichkeit, eine Wiederkehr der jetzigen Katastrophe zu verhüten. Gestern war der Papst der Vertreter solcher Gedanken, heute ist es der österreichische Minister Graf Czernin. Wer wird es morgen sein? Die meisten dieser Funken gelangen nicht bis an die Oberfläche. Dort lodert ein anderes Feuer, das sie im Entstehen erstickt.

Ein solcher Funke ist der Gedanke einer zentralen Weltzeitung zur Versöhnung der Völker:

Genau so, wie dieser Krieg von allen beteiligten Völkern als Volksnot empfunden wird und wie die gemeinsame Not die auseinanderstrebenden Einzelinteressen der Völker gleichgerichtet hat, wie dadurch innerhalb der Völker eine Presse entstanden ist, die bei aller Betonung von Einzelinteressen doch stets auch das Gesamtinteresse im Auge hat, genau so müßte sich nach diesem Kriege eine Stimmung erzeugen lassen, die jeden Krieg als Weltnot empfindet und es als im dringendsten Interesse jedes Menschen liegend betrachtet, einen neuen Krieg in Zukunft zu vermeiden.

Diese Stimmung nun sollte durch ein zentrales Organ geweckt, beständig wachgehalten und gestützt werden. Dies Organ ist nur als eine Weltzeitung zu denken, die von einem allerseits als neutral im höchsten Sinne des Wortes geltenden Punkte aus ihre Einflußnahme auf die Welt unternehmen müßte. Als aufrichtige Friedensfreunde bekannte und anerkannte Männer müßten die Herausgeber und Schriftleiter dieser Zeitung sein.

Besonders wichtig wäre es, daß diese Zeitung selbst unter allgemeiner Billigung der Regierungen der einzelnen Staaten erschiene, die ihre Diplomaten an jenem neutralen Orte mit der Aufgabe zu betrauen hätten, dort mit der Weltzeitung vertrauensvolle Beziehungen zu pflegen und an ihrem Teil zur Förderung des Unternehmens beizutragen.

Die Berichterstatter der Zeitung in den einzelnen Ländern hätten ihr ganz besonderes Augenmerk auf das Herannahen internationaler Konflikte und auf die Betätigung derjenigen Kreise der einzelnen Länder zu richten, die derartige Konflikte schüren und verschärfen wollten.

Das Ansehen, das die Zeitung und ihre Aufgabe durch ausdrückliche Sanktionierung seitens der Regierungen und durch ihre Beziehungen zu beglaubigten Diplomaten genießt, würde den Berichten, die sie aus den einzelnen Ländern bringt und den Äußerungen der Diplomaten und Schriftleiter, die diese Berichte zu kommentieren hätten, ein solches Gewicht verleihen, daß keine Zeitung der Welt an ihnen vorübergehen könnte. Es wäre dann nicht möglich, daß irgendein Blatt von

Rang seinen Lesern vorenthalten dürfte, was die Weltzeitung über den Konflikt und die Möglichkeiten zu seiner Lösung zu sagen hat.

Damit würde in allen Zeitungen der Welt zum mindesten der Stimme der Menschheit überhaupt einmal Gehör geschenkt werden.

II. Patriotismus und internationale Verständigung[1]).

Von **Hermann Kranichfeld**, Konsistorialpräsident a. D.

Der Patriotismus hat zu allen Zeiten seine stärksten Antriebe von dem einfachen Instinkt der Selbstbehauptung erhalten. So war es jedenfalls im Altertum in der Heldenzeit der kleinen Republiken. Mochte während der Perserkriege das stolze Selbstgefühl, Träger einer höheren Kultur zu sein, die es den Barbaren gegenüber zu verteidigen galt, in dem patriotischen Empfinden der Griechen als Unterton mit anklingen, sein Hauptmotiv lag doch in dem Bewußtsein des freien Bürgers: Nur innerhalb deines eigenen Volkes bist du ein vollberechtigter Mensch; die Verteidigung des heimatlichen Bodens rettet dir allein Besitz und Freiheit. Das galt mutatis mutandis auch für die Frauen. Wenn die athenischen Frauen und Jungfrauen, wie es ein modernes Bild darstellt, nach der siegreichen Schlacht von Salamis in ekstatischer Freude ihren Gatten, Söhnen und Brüdern entgegenstürmten, so hob sie nicht nur der Stolz auf die Heldentaten der Ihrigen über die sonst geltende Sitte scheuer Zurückhaltung hinaus. Was in ihrem Jubel durchbrach, war das Gefühl der Befreiung von einem furchtbaren Schicksal, dem Schicksal, das Los der Frauen und Mädchen eines besiegten Volkes teilen zu müssen. Und wenn noch im Mittelalter in der Republik Venedig jeder Bürger, sobald die Kunde erscholl, die feindliche Flotte der Ungarn oder Türken zeigte sich am Lido, mit seiner Barke zu der gefährdeten Meerenge von Malamocco eilte, ohne eine Aufforderung abzuwarten, wie wir etwa zur Feuerwache stürzen, wenn es im Nachbarhause brennt, und freiwillig mit in der Reihe die Eimer reichen, so trieb auch ihn der Gedanke an die eigene Existenz. Die geraubten, auf die Galeere geschmiedeten Mitbürger, die geschändeten Frauen und Bräute, die überfallenen, geplünderten und zerstörten Besitzungen der Nachbarn waren Fanale, deren greller Schein in seine Seele fiel und in ihr kein Schwanken und keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß es bei dem Kampf ums Vater-

[1]) Aus der Zeitung „Der Tag“.

land um Gut und Freiheit, um Weib und Kind auch des einzelnen Bürgers gehe.

In den modernen Großstaaten des letzten Jahrhunderts haben wir das Gegenbild. Hier war allmählich ein solches Gefühl der Sicherheit von Leben und Freiheit, von Familie und Besitz entstanden, daß man gar nicht daran dachte, daß diese Sicherheit dem einzelnen durch den Staat verbürgt wird. Jedenfalls brauchte man dazu, wie es schien, den eigenen Staat nicht. Anders als im Altertum und Mittelalter waren ja im fremden Lande die Ausländer in zivil- und strafrechtlicher Beziehung den Inländern gleichgestellt und die Gerichte verpflichtet, ihre Rechte wie die der Landesangehörigen wahrzunehmen. Auch im Kriegsfalle blieb nach den Konventionen das Privateigentum im Feindeslande geschützt, Leben und Freiheit des Fremden unangetastet. Die Liebe zum Vaterlande lebte auch da in allen tieferen Naturen fort. Sie gewann sogar eine idealere Grundlage und ruhte nun auf der Erkenntnis, daß das geistige Sein des Individuums in seinem Volkstum wurzelt und hier allein den rechten Boden zu seiner Entfaltung findet. Aber wie der Sohn der Gäa bei seinem Ringen mit Herkules seine Kraft einbüßte, wenn seine Füße nicht mehr die Erde berührten, so wurde auch bei Unzähligen die Vaterlandsliebe in dem Maße schwächer, wie sie den Zusammenhang mit ihrem mütterlichen Boden verlor und der instinktmäßige Selbsterhaltungstrieb bei ihr ausgeschaltet war. Millionen von Deutschen im Ausland, denen es nur um ihre äußere Existenz zu tun war, gaben das Vaterland im Glauben, daß es ihnen ja nichts bieten könne, was ihnen nicht auch die neue Heimat gewährte, preis und lösten sich äußerlich und innerlich von ihm los. Und mit Beschämung müssen wir gestehen, daß gerade in Deutschland auch für viele daheim vor dem Kriege das Wort Vaterland zu einem leeren Schall geworden war. Man lächelte über den Patriotismus als über einen rückständigen Begriff, der durch die zwischenstaatlichen Abmachungen gegenstandslos geworden sei. Nach ihnen bot jedes Land hinsichtlich der äußeren Existenz den gleichen Schutz.

Für unsere ganze praktische Politik ist nun die Frage von entscheidender Bedeutung, ob die Entwicklung der internationalen Beziehungen auch nach dem Kriege in der gleichen Richtung weitergehen und der nationale Gedanke allgemein immer mehr von dem internationalen abgelöst werden wird. Der Krieg hat die Entwicklung jedenfalls sistiert. Während desselben ist das ganze Gebäude

der zwischenstaatlichen Abmachungen zusammengebrochen. Wer ihnen vertraute, hat es mit seinem Besitz, mit Freiheit und Leben büßen müssen. Zunächst waren das die Deutschen im Ausland. Nichts hinderte die entfesselte Zerstörungswut des Pöbels in Antwerpen, London, Petersburg, Paris, Mailand usw. Als die Behörden eingriffen, geschah es nur, um die Entrechtung der Fremden systematisch durchzuführen. Noch schlimmer erging es den Deutschen da, wo es unseren Feinden gelang, deutsches Gebiet zu betreten. Soviel über die Schandtaten, welche die Russen in Ostpreußen verübten, geschrieben worden ist, sind sie doch in ihrer ganzen Grauenhaftigkeit im Volke nicht bekannt geworden. Die Regierung hat sie aktenmäßig aufnehmen lassen, aber nicht veröffentlicht. Sven Hedin, der die Akten eingesehen, sagt, sie seien so scheußlich, daß sie sich der Wiedergabe entzögen. Aber schon das, was er über die Zerstörung und den Raub des Privateigentums, die Mißhandlung der Einwohner, die Schändung der Frauen und Mädchen, die Verschleppung von Tausenden von Bürgern mitteilt, erinnert an die Schrecken der barbarischsten Zeiten. Nach den gleichen Grundsätzen handelten die Franzosen und die Engländer in der besetzten Ecke des Ober-Elsaß und in den eroberten deutschen Kolonien; handeln sie gegen unsere gefangenen und verwundeten Krieger. Sie haben nicht nur alle internationalen Konventionen zum Schutz von Leben und Eigentum feindlicher Zivilpersonen über Bord geworfen, sondern treten auch die einfachsten Gesetze der Menschlichkeit und die Gesetze der Ritterlichkeit gegenüber dem tapferen Gegner, die auch rohen Völkern heilig sind, mit Füßen, da sie ihrem Vernichtungswillen entgegenstehen.

Können wir bei dieser Lage und dem abgrundtiefen Haß unserer Feinde wieder auf ein Einvernehmen der Völker, wie es vor dem Kriege zu bestehen schien, rechnen? Können wir hoffen, daß, wenn die Waffen ruhen, der friedliche Wettstreit um die Güter der Kultur von neuem einsetzen und Treu und Glauben die Beziehungen zwischen den jetzt feindlichen Nationen regeln wird, daß die zwischenstaatlichen Vereinbarungen wieder Geltung haben? Auf der ganzen Front unserer Feinde erschallt auf diese Frage ein lautes, entschiedenes Nein! — Sie sind fest entschlossen, nach dem blutigen Kampf der Waffen den wirtschaftlichen Krieg bis aufs Messer weiterzuführen. Sie haben in ihrer maßlosen Frechheit gewagt, es offen auszusprechen, daß für sie die Deutschen außerhalb der Gesetze der Menschlichkeit stehen werden.

Nur die Deutschen hoffen auf eine Versöhnung und sind bereit, der Verwirklichung dieser Hoffnung alle ihre militärischen Erfolge zum Opfer zu bringen. Ein Mitglied der russischen Internationale hat eine solche Auffassung für einen Ausfluß von Irrsinn erklärt. Der Ausländer kann tatsächlich die Gemütsverfassung des Deutschen nicht verstehen. Wenn wir noch immer an dem Ideal einer allgemeinen Zivilisation, welche die Völker im Kriege und Frieden verbinden soll, festhalten, so tun wir es, weil es unserem innersten Wesen entspricht. Wieviel wertvoller Besitz unserer Feinde befindet sich nicht in den deutschen Städten! Unser Volk hat nicht daran gedacht, die Häuser der Fremden zu demolieren, ihre Geschäfte zu plündern, ihre Personen zu mißhandeln, wie es in den englischen, französischen und belgischen Städten mit den Deutschen geschehen ist. Einen schwer verwundeten Franzosen oder Engländer anzuspeien und zu schlagen, würde bei uns auch der roheste Pöbel nicht fertig bringen. Es geht uns das einfach gegen die Natur. Selbst da, wo wir zu Repressalien, d. h. zu Strafen an Unschuldigen gezwungen sind, tun wir es nicht wie die Engländer mit grausamer Gefühlslosigkeit oder wie die Franzosen mit teuflischer Freude an den Qualen des Feindes, sondern widerwillig, nur dem Drucke der Notwendigkeit folgend. Das ist unser Ruhm und für uns ein Berechtigungsausweis, uns das Kulturvolk der Welt zu nennen — aber es liegt darin auch eine große Gefahr. Wären wir schneller und härter mit Repressalien gegen die grausame Behandlung deutscher Gefangenen und Verwundeten vorgegangen, es wären zahllose Volksgenossen vor einem furchtbaren Geschick bewahrt geblieben. Vor allem ist es diese unsere Gemütsstimmung, die uns hindert, die Wirklichkeit klar zu erfassen. Wir täuschen uns, indem wir unwillkürlich immer wieder unsere weichherzige Stimmung auch bei den Feinden annehmen. Wir glauben immer noch an die Verwirklichung unseres Ideals, obgleich es zerschellt am Boden liegt, und verstehen nicht, daß unsere Zeit tatsächlich wieder bei der harten Vaterlandsidee der Alten angelangt ist. Es gilt den heiligen Boden des Vaterlandes bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, nicht nur aus idealen Gründen, weil unser geistiges Leben im Volkstum unseres Landes wurzelt, sondern weil mit dem Vaterland auch unsere äußere Existenz, unser Glück und unsere Freiheit verloren ist. — Nach den Erfahrungen dieses Krieges liegt es auf der flachen Hand, daß wir einen guten Willen unserer Hauptgegner nirgends voraussetzen können. Es muß darum unserem Volke Tag für Tag

ins Bewußtsein eingehämmert werden: In dem Ausland bist du nur geduldet, bis der Tag kommt, der dich entrechtet, der Verachtung und Mißhandlung preisgibt, nur im Vaterland stehst du auf festem Boden. Den, der gezwungen ist, in fremdes Land zu gehen, kann nur eine starke Hand des Vaterlandes draußen schützen. Nur sie kann auch die notwendigen Verbindungen mit dem Auslande aufrechterhalten. Bei dem fanatischen, brennenden Hasse der Franzosen und dem zähen, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Herrschaftswillen Englands kann man eher an die Erfüllung der Weissagung des Jesaias glauben, daß die Wölfe bei den Lämmern wohnen und die Pardel bei den Böcken liegen und Löwen Stroh essen wie die Ochsen, als an eine Versöhnung der Franzosen in dem nächsten Jahrhundert und an ein freiwilliges friedliches Einvernehmen Englands mit dem als gefährlichster Konkurrent erkannten Deutschland. Beide werden sich nur knirschend vor der Macht beugen. Es gibt darum für uns nur den Wahlspruch: Oderint dum metuant! Nicht international, sondern national bis auf die Knochen!

III. Gemeinbewufstsein der Völker.

Ist wirklich die urzeitliche Feindschaft gegen alle Volksfremden wiedergekehrt? Dem widerspricht schon der Eifer, mit dem alle kriegführenden Völker sich bemühen, die Schuld an der Entstehung des Krieges von sich abzuschieben. Sie erkennen damit an, daß es ein Verbrechen an der Menschheit ist; nur erklären sie den Feind für den Verbrecher. Der wahnsinnige Haß unserer Feinde ist eine durch diesen Glauben verursachte geistige Krankheit, die einstweilen freilich nur mit Blut und Eisen kuriert werden kann.

Gibt es gar keine Möglichkeit, nach dem Kriege mit anderen Mitteln zu wirken? Jedes der heutigen Völker hat doch eine Zeit gehabt, in der ihm das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit seiner einzelnen Teile noch nicht aufgegangen war. Hatten z. B. die einzelnen Bestandteile des heutigen Deutschen Reiches im Dreißigjährigen Kriege ein stärkeres Gemeinbewußtsein als die jetzt miteinander kämpfenden Völker es haben?

Wie ist das deutsche Gemeinbewußtsein entstanden? Jedenfalls nicht mehr ganz auf dieselbe Weise wie das französische und englische Gemeinbewußtsein. Bei diesen Völkern vollzog sich die staatliche Einigung so früh, daß sie noch nicht fähig waren, bewußt

dabei mitzuwirken. Es war vielmehr einesteils unbewußte Verschmelzung, anderenteils Tat der Herrscher. Die deutsche Einigung dagegen wurde von den besten Elementen des deutschen Volkes bewußt vorbereitet und gestärkt. Ist es also ein utopischer Gedanke, daß das internationale Gemeindebewußtsein durch ähnliche Vorarbeit gestärkt werden kann?

Die unbedingte Notwendigkeit solcher Stärkung kann unmöglich bestritten werden. Sie liegt im Interesse aller Völker, die auf friedlichen geistigen und wirtschaftlichen Verkehr miteinander angewiesen sind. Wir Deutschen keineswegs mehr als die anderen Völker; das Umgekehrte ist der Fall. Aber auch wir können weder Einfuhr noch Ausfuhr geistiger und wirtschaftlicher Güter entbehren. Der organische Aufbau der Menschheit und der Weltwirtschaft aus ihren einzelnen Bestandteilen, den Völkern und Volkswirtschaften, ist doch eine elementare Tatsache, die sich schlechterdings nicht übersehen läßt.

Die Erkenntnis eines solchen organischen Zusammenhangs der Völker ist notwendig zur Kräftigung des zwischen ihnen bestehenden Gemeinbewußtseins. Ein neuer Blick auf das Innenleben der Völker wird uns darüber belehren.

Der „Kampf der Weltanschauungen", der den Weltbrand entfacht hat, spaltet auch jedes einzelne Volk, und den Deutschen geht das besonders tief, weil sie eben alles so gründlich betreiben. Das Bewußtsein der Volksgemeinschaft, der gemeinsame Staat, — gewiß sind das wirksame Klammern. Aber jeder Tag bringt uns neue Beweise dafür, wie weit wir noch entfernt sind von jener Selbstverständlichkeit des Gemeinbewußtseins, die andere Völker längst erreicht haben, und die auch bei uns im Felde alle beherrscht. In der Heimat dagegen ist nicht einmal die grobe vergiftende Art des inneren Kampfes verschwunden, trotz der augenscheinlichen gemeinsamen Lebensgefahr.

Jeder Volksteil ist nur allzu geneigt, sich für das Ganze zu halten, die Bedeutung, die Lebensbedingungen, die Ansprüche anderer Volksteile zu mißachten. Man sagt, es sei nur ein politischer Kniff, sich so zu verhalten; das gehöre zum politischen Handwerk. Leider trifft das nicht zu. Es liegt ein wirklicher Irrtum zugrunde, nicht nur üble politische Sitte. Das zeigt sich am deutlichsten beim Völkerkampfe: die Engländer halten ihre Weltanschauung für die einzig zulässige und durchaus folgerichtig jeden Gegner für einen Verbrecher. Ganz ähnlich ist es aber auch bei den inneren Kämpfen.

Die Parteien tun ihr äußerstes, um jeden Andersdenkenden als Verbrecher erscheinen zu lassen, und sie wenden zu dem Zwecke die nämlichen Mittel an, welche auch unsere Feinde im Weltkriege jetzt anwenden: durch die Parteipresse sperren sie ihre Angehörigen ab vom Einflusse anderer Anschauungen. So erreichen sie es, daß die eigene Volksgruppe als Volksganzes erscheint.

Gegen Verächter der Lebensbedingungen Anderer gibt es im inneren Kampfe ein wirksames Mittel: das Recht des Staates. Das Privatrecht soll die Lebensbedingungen der Einzelnen schützen, das öffentliche Recht die der Gesamtheit, das Verfassungsrecht insbesondere soll dem schädlichen Übergewicht einzelner Elemente des Volkes entgegenwirken, eines „Alleinherrschers“, mag das nun ein Monarch sein oder die Volksmasse, die Mehrheit der Nichtbesitzenden. Aber solche Normen haben nur Bestand, wenn sie dem „Rechtsbewußtsein“ entsprechen. Und das Rechtsbewußtsein ist nichts anderes wie die Erkenntnis der Bedeutung aller Teile des sozialen Körpers und der Lebensbedingungen, deren sie zu ihrem Gedeihen bedürfen.

Im Völkerkampfe gibt es, gegenüber dem Streben nach Alleinherrschaft, ebenfalls ein Schutzmittel: die Macht des Staates, nötigenfalls ihre Anwendung im Kriege. Erst wenn dieses Zwangsmittel gewirkt hat, wenn das herrschsüchtige Volk gezwungen ist, das Recht des Stärkeren gegen sich gelten zu lassen, kann noch ein anderes Mittel angewendet werden, ohne das wiederum der physische Zwang keine Dauer verspricht: die Erkenntnis, daß die eigene Weltanschauung nur Stückwerk ist, daß sie erst zusammen mit denen anderer Völker die göttliche Weltordnung bildet.

Macht und Recht sind beide Zwangsmittel des Staates, die demselben Zwecke dienen: sie zwingen die Angehörigen der Gemeinschaft, ihre Lebensbedingungen gegenseitig zu achten. Das Recht wirkt hauptsächlich im Innern der Volksgemeinschaft, die Macht nach außen, gegenüber anderen Angehörigen der Volksgemeinschaft. Beide sind unentbehrlich. Aber beide bedürfen der Ergänzung durch das Gemeinbewußtsein. Und zwar besteht hier Wechselwirkung: das Gemeinbewußtsein der Volksgemeinschaft ist der Born, aus dem das Recht geschöpft wird, aus dem es sich immer wieder verjüngt, und das Gemeinbewußtsein der Völkergemeinschaft sucht die gleiche Wirkung auf das Völkerrecht auszuüben. Andererseits ist das Recht ein Hauptmittel zur Stärkung des Gemeinbewußtseins. Nur bedarf es zu dem Zwecke der Macht, der Exekutive; sonst ist es ein

Messer ohne Klinge. Dagegen ist die Macht allein ein zweischneidiges Messer, das dazu dienen kann, das Gemeinbewußtsein zu schädigen.

Auf welcher Seite in diesem Kriege die Macht mißbraucht ist, wissen wir und wird auch die Weltgeschichte wissen. Unsere Feinde werden es nach dem Kriege freilich noch nicht sofort einsehen, gleichviel, wie die Friedensbedingungen beschaffen sein werden. Dennoch wird das Gemeinbewußtsein in der Völkergemeinschaft wieder wachsen, wenn wir auch nach dem Kriege unsere Macht nicht mißbrauchen, und das werden wir nicht tun, wie wir es nie getan haben. Es gehört zu den wesentlichen Eigenschaften der deutschen Volkspersönlichkeit, und dies wird auf die Dauer auch unseren jetzigen Feinden bewußt werden. Selbst die Engländer werden es erkennen, wenn die von ihnen befürchteten Folgen unserer Machtentwicklung ausbleiben.

Die Bedeutung der einzelnen Völkerpersönlichkeiten für den Aufbau der Völkergemeinschaft ist der entscheidende Punkt, in dem die Daseinsbedingungen dieser Gemeinschaft mit denen der einzelnen Volker zusammentreffen und sich decken. Diese größte Tatsache der Weltgeschichte ist an sich völlig unabhängig davon, ob sie schon allgemein erkannt wird, und ob auf solcher Grundlage das Gemeinbewußtsein der Völkergemeinschaft wächst. Aber es ist auf die Dauer ebenso ausgeschlossen, daß das nicht geschieht, wie der organische Aufbau der Volkspersönlichkeit aus ihren einzelnen Bestandteilen auf die Dauer verborgen bleiben kann. Aufgabe der Wissenschaft ist es, diese Erkenntnis dem Gemeinbewußtsein zuzuführen.

Erkenntnis wird allerdings nicht nur durch die Wissenschaft erzeugt, sondern auch durch unmittelbare Lebenserfahrung, und das wird auch hier geschehen. Die Deutschen werden durch ihr ganzes Verhalten nach dem Kriege das Wachsen der Erkenntnis, daß ihre Volkspersönlichkeit ein unentbehrliches Organ der Völkergemeinschaft ist, unmittelbar befördern. Aber den Deutschen selbst wird diese Tatsache durch unmittelbare Lebenserfahrung schwerlich ausreichend bewußt werden. Haben sie doch noch nicht einmal durch vielhundertjährige gründliche Erfahrungen erkannt, daß sich ihre eigene Volkspersönlichkeit aus ihren Organen, den Berufsgruppen, aufbaut.

Die Deutschen sind, mindestens in sozialen und politischen Fragen, weniger fähig als andere Völker, durch unmittelbare Er-

fahrung klug zu werden. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß im Laufe ihrer Geschichte dieselben Fehler immer wiederkehren, namentlich gerade der politisch schwerste Fehler, daß einzelne Volksteile sich für das Volksganze halten. Wenn das die böse Fee dem deutschen Volke in seine Wiege gelegt hat, so hat die gute Fee ihm dafür Ersatz gegeben: die Deutschen sind fähiger als andere Völker, durch Wissenschaft sich Erkenntnis zu schaffen.

Diejenigen Wissenschaften, die soziale Erkenntnis zu schaffen haben, liegen freilich selbst noch in den Windeln, und insbesondere die Deutschen sollen ihre Fähigkeit zur wissenschaftlichen Erkenntnis an den Sozialwissenschaften erst aufs neue erproben. Dann erst wird die Zeit gekommen sein, den Bau dauerhafter Brücken zwischen den einzelnen Volksteilen auf ganz neuen Grundlagen in die Hand zu nehmen. Dann werden wir auch anderen Völkern von dieser Erkenntnis mitteilen können. Bis dahin werden wir das Wachsen des Gemeinbewußtseins der unmittelbaren Lebenserfahrung aller Völker überlassen müssen.

Können wir Deutschen sonst nichts tun für den internationalen Brückenbau? Können wir nicht wenigstens vorläufig Brücken schlagen, Notbrücken, um nach der jetzigen Sündflut die dann noch übrig bleibenden Wildwasser nach Außen überschreiten zu können, freilich auf die Gefahr hin, daß die nächste große Flut sie aufs neue fortschwemmt? Eine Frage, die schon vor dem Kriege manche Erörterungen und auch schon bestimmte Einrichtungen veranlaßt, die aber jetzt ein ganz anderes Gewicht erlangt hat. Die Antworten lauten überaus verschieden.

Einrichtungen wie Austauschprofessuren, wie eine Weltzeitung dringen nicht tief genug, sie reichen nicht bis an die Wurzeln des Gemeinbewußtseins der Völkergemeinschaft, auch nicht dorthin, wo die Leidenschaften wurzeln, aus denen die großen Kriege entstehen, und wo die Massensuggestionen eingepflanzt werden, die ihren Ausbruch unmittelbar entfesseln.

Jeder in den ersten Zeiten nach dem Kriege von uns ausgehende Versuch, mit solchen Mitteln Wirkungen auszuüben, würde den gleichen Eindruck hervorrufen, den unsere Friedensangebote im Kriege hervorgebracht haben, als ob wir nämlich ein stärkeres Bedürfnis nach internationaler Verständigung hätten als andere Völker. Wir bewirken dadurch bei unseren jetzigen Feinden nur das Gegenteil von dem, was wir bezwecken. Je mehr wir die Entwicklung des Gemeinbewußtseins der Völkergemeinschaft dem natür-

lichen Gange dieser Entwicklung überlassen, desto früher und desto sicherer wird sie sich einstellen.

Ganz andere Aufgaben sind es, uns um unserer selbst willen besser als bisher über die Verhältnisse des Auslands zu unterrichten und auf die öffentliche Meinung des Auslands im eigenen Interesse mehr als bisher einzuwirken. Das sind notwendige Mittel der deutschen Auslandspolitik, die allerdings mit der internationalen Verständigung, welche keine bloß deutsche, sondern eine Menschheitssache ist, sich stark berühren, aber aus anderen Gesichtspunkten und wohl auch mit anderen Mitteln in Angriff genommen werden müssen.

Vor allem muß jetzt in unserer eigenen Brust, in unserer Mitte der Gedanke des organischen Aufbaues der Menschheit Wurzel schlagen und sich entwickeln. Darin ist kein Widerspruch gegenüber der Notwendigkeit enthalten, dem Vaterlande mit allen unseren Kräften zu dienen. Indem wir das tun und dabei unsere eigensten Kräfte entfalten, dienen wir zugleich der Sache der Menschheit. Nur müssen wir uns dessen immer mehr bewußt werden, müssen dieses Endziel immer deutlich vor Augen haben. Wie das geschehen kann, diese Frage wird unser Denken und Empfinden noch oftmals beschäftigen.

* * *

Damit seien die Gespräche zwischen „Jungen und Alten“ einstweilen beendigt. Der Unterzeichnete bittet aber alle, welche irgendwelchen Anteil an diesen Gesprächen nehmen, ihm das nicht vorzuenthalten und ihn auch vielleicht mit weiteren Beiträgen zu erfreuen, die bei einer Fortsetzung verwendet werden könnten.

Professor **Ehrenberg**-Rostock.

G. Pätz'sche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.

Soeben erschien:

Handelskrieg und Wirtschaftsexpansion. Ueberblick über die Maßnahmen und Bestrebungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung des deutschen Handels u. zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens. Von Dr.-Ing. Dr. **Waldemar Koch,** zurzeit stellvertretender Direktor des Kgl. Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser-Wilhelm-Stiftung. (VIII, 283 S. gr. 8°.) 1917. Preis: 5 Mark 50 Pf.

Die Kriegsbeschlagnahme als Mittel der Organisation der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung. Von Dr. **Heinrich Lehmann,** o. ö. Professor der Rechte an der Universität Jena und akademischem Rat am Gemeinschaftl. Oberlandesgericht. (VI, 110 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 2 Mark 40 Pf.

Die Zollunionsidee und ihre Wandlungen im Rahmen der wirtschaftspolitischen Ideen und der Wirtschaftspolitik des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Von Dr. **J. Pentmann,** Basel. 1917. (Bildet zugleich Heft 27 der Probleme der Weltwirtschaft. Herausgegeben von Professor Harms.) Preis: 5 Mark.

Deutschlands politische Parteien. Ein Grundriß der Parteienlehre und der Wahlsysteme. Von Dr. **Hermann Rehm,** Professor der Rechte zu Straßburg i. E. 1912. Preis: 4 Mark.

Inhalt: I. Allgemeines. 1. Begriff der politischen Parteien. 2. Einteilung der politischen Parteien. — II. Die politischen Parteien Deutschlands. A. Ihre Geschichte. B. Ihr Wesen und ihr Wirken. — III. Wahlrechtssysteme. — IV. Wahlverfahrenssysteme. — V. Die inneren Gründe der Verschiedenheit der Wahlsysteme. — VI. Literatur.

Berliner Tageblatt, 5. März 1913, Nr. 116.

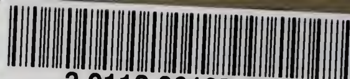
... In dieser Fassung bedeutet das Buch wohl den ersten Versuch, den deutschen politischen Parteien nach streng wissenschaftlicher Methode auf den Leib zu rücken. Rehm untersucht scharf den Begriff der politischen Partei, er vertieft sich kritisch in ihr Wesen, ihr Wollen und Handeln, ihre Entstehung und Entwicklung. Dabei hat Rehm einen scharfen Blick für die Dinge hinter den Parteikulissen. Er schätzt die Programme und Kundgebungen der Partei nicht höher ein als sie es verdienen, das Wesentliche sind ihm die Taten, die Aktionen und die taktischen Vorgänge. Deshalb legt er den Nachdruck bei seinen Untersuchungen auch auf die Fraktionen in den Parlamenten und auf ihre Tätigkeit. Von diesem Standpunkt aus untersucht er dann die Geschichte der einzelnen Parteien. Das Buch nimmt in der politschen und staatsrechtlichen Literatur eine Sonderstellung ein; ... strenge Sachlichkeit und Objektivität zeichnen die Arbeit aus.

Deutsche Geschichte. Von **Dietrich Schäfer,** Prof. der Geschichte an der Universität Berlin. Fünfte bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage. Erster Band: Mittelalter. Zweiter Band: Neuzeit. Beide Bände broschiert 17 Mark, geb. 21 Mark.

Deutsche Lehrerzeitung, Berlin, 14. Febr. 1914, Nr. 13:

Das Erscheinen eines Werkes von Dietrich Schäfer ist ein literarisches Ereignis. Galt dies schon von seiner „Weltgeschichte der Neuzeit", so ist es noch viel mehr der Fall bei der vorliegenden „Deutschen Geschichte". Sie ist nicht nur für Gelehrte geschrieben, sondern bietet jedem Gebildeten in ihrer schlichten, klaren und doch eindrucks- und ausdrucksvollen Darstellung einen fesselnden Lesestoff. ... Mögen wir beim Studieren beider Bände nur die Geschichte Karls des Großen oder der Kolonisation des Ostens oder Luthers oder die der Geschichte der Reformation oder der Neubegründung des Deutschen Reiches lesen, überall haben wir das Empfinden, daß wir einem sicheren Führer folgen, der tiefes Verständnis für die Seele seines Volkes besitzt. ... Für die Lehrerbüchereien und jeden Freund unserer Geschichte ist das Werk unentbehrlich.

Die Wartburg. Von **Georg Voss,** Mit 76 Lichtdrucktafeln, 2 Doppeltafeln und 302 Abbildungen im Texte. Preis: 20 Mark, geb. 28 Mark. (Bildet zugleich das 41. Heft der Bau- und Kunstdenkmäler Thüringens. Im Auftrage der Regierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen u. Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß älterer Linie und Reuß jüngerer Linie bearbeitet von Prof. Dr. P. Lehfeld und Prof. Dr. Georg Voss. Band III: Großherzogtum Weimar-Eisenach. Amtsgerichtsbezirk Eisenach. III.)



G. Pätz'sche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.